pg papers

Diskussionspapiere aus dem Fachbereich Pflege und Gesundheit

pg-papers 01/2017 Mai 2017

# Das engagierte Selbst

Marilena von Köppen

Hochschule Fulda
University of Applied Sciences

Marilena von Köppen

# Das engagierte Selbst

## Eine Dispositivanalyse des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf

pg-papers 01/2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.d-nb.de abrufbar.

pg-papers
Diskussionspapiere aus dem Fachbereich Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda

Herausgeber:
Fachbereich Pflege und Gesundheit
Hochschule Fulda
Leipziger Straße 123
36037 Fulda

Tel: +49(0)661/9640–600
Fax:+49(0)661/9640–649

ISBN 978-3-940713-18-6
Copyright © pg-papers, Mai 2017

# Inhaltsverzeichnis

**Zusammenfassung** ..... **6**

**1 Einleitung: Über das Kraftfeld** ..... **7**

**2 Subjektivierung** ..... **9**

2.1 Das Subjekt und seine Anrufung ..... 9

2.2 Subjektivierungsfigur der Gegenwart ..... 11

2.3 Fragestellung ..... 13

**3 Bürgerschaftliches Engagement in Mardorf** ..... **15**

3.1 Der übergeordnete Kontext: Bürgerschaftliches Engagement in der Altenhilfe ..... 15

3.2 Der Sozialraum Mardorf und Umgebung ..... 17

3.3 Die Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg ..... 18

**4 Methodisch-methodologische Überlegungen oder Wie untersucht man ein Dispositiv?** ..... **20**

4.1 Der Korpus ..... 20

4.2 Die Auswertung ..... 21

**5 Das Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf** ..... **25**

5.1 Die Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials ..... 25

5.2 Mardorf als Leuchtturm ..... 31

**6 Das engagierte Selbst** ..... **36**

6.1 Dreifache Rationalität ..... 36

6.2 (Selbst-)technologien ..... 37

6.3 Historisches Produkt ..... 38

**7 Eine abschließende Bemerkung** ..... **41**

**Abbildungsverzeichnis** ..... **44**

**Literaturverzeichnis** ..... **45**

**Anhang** ..... **52**

# Zusammenfassung

2010 riefen Mardorfer Bürgerinnen und Bürger einen niedrigschwelligen Betreuungsdienst ins Leben, dessen Ziel es ist, älteren Menschen in der Gemeinde den Verbleib in ihrer Häuslichkeit zu ermöglichen. Ihrem Engagement liegt die Überzeugung zugrunde, dass es den Staat insbesondere finanziell überfordere, den Auswirkungen des demografischen Wandels mit den klassischen Methoden des Sozialstaats zu begegnen: deshalb sei ein bürgerschaftliches Handeln dringend erforderlich. Von dieser programmatischen Annahmenverknüpfung geht, so meine zentrale These, eine bestimmte Anrufung der Bürger aus, sich als engagierte Subjekte zu konstituieren. Es ist Aufgabe dieser Arbeit, im Anschluss an das Forschungsprogramm der Gouvernementalitätsstudien nach Michel Foucault, die sich dabei herausbildende Subjektivierungsfigur darzustellen.

Ausgangspunkt hierfür ist die Analyse des lokalen Dispositivs des bürgerschaftlichen Engagements. Das Konzept des Dispositivs erlaubt es, die Verknüpfungen der in Mardorf relevanten Wissensordnungen, Institutionen und Objekte zu untersuchen und dadurch der Mehrdimensionalität des Subjektivierungsprozesses gerecht zu werden. Die Basis hierfür bildet ein Textkorpus aus vielfältigen Dokumenten zum lokalen Diskurs um die Bürgerhilfe. Seine Auswertung mit einem an die Grounded Theory angelehnten Verfahren macht es möglich, das Dispositiv mithilfe zweier story lines zu beschreiben – den Erzählungen von der Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials einerseits und von Mardorf als Leuchtturm andererseits. Hiervon ausgehend können die dort ausgewiesenen Subjektpositionen zu der Subjektivierungsfigur des engagierten Selbst verdichtet werden.

Diesem engagierten Selbst liegt eine dreifache Rationalität zugrunde: Es vereint ein semiprofessionelles, ein verantwortungsvolles und ein unternehmerisches Selbst, die sich gegenseitig ergänzen. Wirksam wird das engagierte Selbst nicht durch die Repression der Subjekte, sondern indem es sie zu einer Selbststeuerung aktiviert. Dazu ist es verknüpft mit bestimmten Selbsttechnologien wie der Unterzeichnung der Helfervereinbarung, dem Besuch der Helferschulung oder dem Erhalt der Aufwandsentschädigung. Gleichzeitig ist es ein historisches Produkt seiner Zeit und damit Teil der neoliberalen Gouvernementalität: So weist es weitreichende Übereinstimmungen mit dem Geist der gegenwärtig hegemonialen Subjektivierungsfigur des unternehmerischen Selbst auf und buchstabiert die in diesem enthaltenen Subjektpositionen für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements aus. Insgesamt kann die Arbeit damit zeigen, dass sich bürgerschaftliches Engagement nicht im machtfreien Raum befindet, sondern dass die Mardorfer Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt eines vielseitigen, aus Wissensordnungen, Institutionen und Objekten gebildeten Kraftfeldes stehen.

# 1 Einleitung: Über das Kraftfeld

Nicht die Feststellung der Richtigkeit oder des Wahrheitsgehalts eines bestimmten Diskurses steht im Fokus der an Michel Foucault angelehnten Diskursanalyse, sondern die Art und Weise, wie über und in dem Diskurs gesprochen wird. Erst wenn wir die Bedingungen kennen, unter denen diskursive Elemente miteinander verknüpft werden, können wir verstehen, wie bestimmte Inhalte und Wahrheiten des Diskurses überhaupt hervorgebracht werden (Moebius 2005: 130): Denn die Produktion von Wissen ist immer auch mit der Produktion von Macht verbunden (Foucault 2013: 1028). Ich möchte mich im Folgenden auf die Suche nach der Art und Weise eines ganz spezifischen Diskurses machen – dem Diskurs um die bürgerschaftliche Altenhilfe in Mardorf.

In dem ländlich geprägten Ort, der zu der Gemeinde Amöneburg im Landkreis Marburg/Biedenkopf gehört, machen sich seit 2009 die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg, um älteren und hilfsbedürftigen Gemeindemitgliedern den Verbleib in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen und Heimeinweisungen zu vermeiden. Von Dezember 2012 bis Dezember 2016 förderten das Hessische Ministerium für Soziales und Integration und die Verbände der Pflegekassen in Hessen das Modellprojekt „Leben und Altwerden in Mardorf und Umgebung“, das auf den Aufbau einer Bürgerhilfe zielte. Beschäftigt im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung konnte ich den lokalen Diskus von Beginn an begleiten.

Ausgangspunkt meiner Spurensuche war das folgende Zitat der Leiterin der Stabsstelle Altenhilfe des Landkreises Marburg-Biedenkopf, das zum Ausdruck bringt, worüber längst ein Konsens in der Gesellschaft zu bestehen scheint: „Der Zuwachs an Pflegebedürftigen wird immer größer. Das können Kommunen und Institutionen nicht finanzieren – und die Menschen wollen es auch nicht“ (OP_29.01.13)[1]. Die Logik dahinter lautet mit anderen Worten: Wir stehen vor großen und umwälzenden Veränderungen (man bedenke insbesondere die geradezu reflexhaften Verweise auf die Zumutungen durch den „demografischen Wandel“). Der Staat ist nicht in der Lage, den entsprechenden Herausforderungen wirksam zu begegnen (Stichwort „leere Kassen“). Es ist daher nicht nur unumgänglich, sondern entspricht auch dem Wunsch der Menschen, dass die Bürger die Dinge selbst in die Hand nehmen und sich bürgerschaftlich engagieren. Von dieser programmatischen Verknüpfung, die die (demografischen) Herausforderungen mit dem Unvermögen des Staates und der Notwendigkeit, aber auch Erwünschtheit des bürgerschaftlichen Engagements verbindet, geht ein spezifisches „Kraftfeld“ (Bröckling 2007: 8) aus, in dem sich die derart angerufenen Bürger bewegen. Um dieses Kraftfeld soll es in der nachfolgenden Arbeit gehen: Ich möchte seine Quellen, seine strategischen Zusammenhänge, seine Funktionsweise und seine Sogwirkung (Bröckling 2007: 8 ff.) genauer analysieren.

[1] Zur Zitierweise der Elemente des Korpus vgl. die Übersicht im Anhang

Ziel ist es dabei, in Anlehnung an den französischen Philosophen Michel Foucault zu erforschen, „wie sich bestimmte Annahmen darüber, was als wahr bzw. vernünftig anzuerkennen ist, mit spezifischen Problemdiagnosen verbinden“ (Bröckling/Krasmann 2010: 24). Denn diese Problemdiagnosen rufen spezifische Bewältigungsstrategien ab, „an die dann bestimmte Techniken und Verfahren anschließen, die ihrerseits neue Objekte und Subjekte des Regierens hervorbringen können“ (Bröckling/Krasmann 2010: 24). Analysen, die einer solchen Logik folgen, stehen in der Tradition der Gouvernementalitätsstudien. Sie unternehmen es, die „gesellschaftlichen Transformationsprozesse der Gegenwart“ (Lessenich 2013: 77) mit Hilfe der Machtanalytik Foucaults zu untersuchen. Ihr Gegenstand sind die Techniken und Rationalitäten der Menschenführung (Angermüller/van Dyk 2010: 9) und damit die Regierung der Menschen. Diese bei Weitem nicht nur politisch-staatlich verstandene Regierung richtet sich auf jegliche Art und Weise der Steuerung menschlichen Verhaltens und nimmt verstärkt Technologien des Selbst in den Blick (Angermüller/van Dyk 2010: 10). Regierung der Menschen besteht also in der Idee, dass „Menschen sich regieren“ (Foucault 2006b: 185) und sich damit – ohne durch repressive Interventionen gesteuert zu sein – quasi von selber lenken. Aber wie kommt es zu dieser (Selbst-)Regierung? Die Antwort hierauf knüpft am Begriff des Dispositivs an, also an der Verknüpfungsordnung zwischen Epistemai, Objekten, Körpern und Institutionen, durch die sich spezifische diskursive Rationalitäten herausbilden. Kern meiner Analyse wird daher die Beschreibung des Dispositivs des bürgerschaftlichen Engagements sein.

Allerdings gehen Gouvernementalitätsstudien nicht von *einer* universell gültigen Rationalität aus, sondern haben als Ausgangspunkt die verschiedenen lokalen Wissensordnungen und Regierungspraktiken, die sie nach dem Prinzip der „aufsteigenden Analyse“ (Foucault 2003: 239) untersuchen (Bröckling/Krasmann 2010: 25 f.). Daher wird auch diese Arbeit die Perspektive der Mikroebene einnehmen und das diskursive Kraftfeld um das bürgerschaftliche Engagement in seiner lokalen Situiertheit in Mardorf untersuchen.

Wichtig ist es, bereits an dieser Stelle zu betonen, dass das Kraftfeld nicht auf das Verhältnis Staat – Bürger verengt werden soll. Die staatliche Engagementförderung und -politik, wie sie z. B. in der Nationalen Engagementstrategie postuliert wird, spielt ohne Zweifel eine wichtige Rolle, will doch die Bundesregierung „durch geeignete Rahmenbedingungen einen Nährboden […] schaffen, auf dem bürgerschaftliches Engagement in seiner ganzen Vielfalt an Motiven und Ausgestaltungsmöglichkeiten gedeihen kann“ (Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung 2010: 5). Dennoch ist die Anrufung der Menschen nicht eine rein staatliche, vielmehr verbinden sich Deutungsschemata, normative Anforderungen, institutionelle Arrangements und Selbsttechnologien (Bröckling 2007: 7) aus verschiedensten Quellen zu einer Subjektivierungsfigur. Um diese zu untersuchen, werden daher nicht nur politisch-administrative Materialien, sondern auch Zeitungsartikel, wissenschaftliche Texte, Interviews, PowerPoint-Präsentationen, Einladungsschreiben u. a. für die Analyse herangezogen.

Was die Arbeit nicht kann, auch das soll hier bereits hervorgehoben werden, ist, eine Aussage über den tatsächlichen „Vollzug“ (Ott/Wrana 2010: 156) des Programms durch die Menschen zu treffen. Die Frage, wie sie sich zu dem Kraftfeld verhalten, und ob sie vielleicht auch widerständig sind, gerät hier nicht in den Blick (Bröckling/Krasmann 2010: 28). Gegenstand ist vielmehr die *Anrufung*, also die Frage auf welche Weise das Programm – das Kraftfeld – seine Wirkung gegenüber den Menschen, den Subjekten, entfaltet (Bröckling 2007: 10). Dazu werden die in dem Programm ausgewiesenen Subjektivierungsanforderungen und -angebote zu der Subjektivierungsfigur des engagierten Selbst verdichtet.

# 2 Subjektivierung

## 2.1 Das Subjekt und seine Anrufung

Da hier nach den Anrufungen bzw. den Subjektpositionen gefragt wird, die im Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements ausgewiesen werden, ist zunächst zu klären, von welchem Subjektbegriff ausgegangen wird. Während das Subjekt bei Kant – in seiner transzendentalen Analyse – die Vorbedingung bzw. das *apriori* für die Autonomie, die Moralität, die Selbsterkenntnis oder auch das zielgerichtete Handeln des Menschen darstellt (Reckwitz 2008: 24), weist Foucault auf die Bedeutung des Subjekts als das „sub-jectum" hin, also auf das Subjekt als Unterworfenes (Stäheli 2000: 50 f.). So verstanden tritt das Subjekt erst in der Unterwerfung unter eine diskursive Ordnung als handlungsfähiges Subjekt in Erscheinung (Butler 2013: 8). Es gibt demnach nicht universell gültige Strukturen, im Rahmen derer dem Subjekt nur noch ein Platz gewiesen wird, sondern Subjekte müssen erst zu Subjekten *werden*. Da aber die diskursive Ordnung, der sie sich unterwerfen, immer historisch bedingt ist, kann das Subjekt nicht ohne seinen spezifischen Kontext gedacht werden. Die Analyse der Subjektivation fragt demnach „nach der spezifischen kulturellen Form, welche die Einzelnen in einem bestimmten historischen und sozialen Kontext annehmen" (Reckwitz 2008: 9), um zu einem Subjekt zu werden. Subjekte sind also nicht „vorhanden", sondern sind im Prozess einer „permanenten kulturellen Produktion" (Reckwitz 2008: 10; Stäheli 2000: 51). Allerdings darf hieraus nicht geschlossen werden, dass das Subjekt durch die diskursiv bestimmten Subjektpositionen determiniert ist: Vielmehr geht Foucault davon aus, dass Subjekte immer auch widerständig sein können, da die Freiheit des Subjekts die Vorbedingung jeder Machtausübung ist (Wrana et al. 2014: 392).

Althusser (2010) bezeichnete den Prozess, durch den das Individuum als Subjekt angerufen und konstituiert wird, als Interpellation oder Anrufung. Er erläutert dies an dem Beispiel des Polizisten, der auf der Straße ruft: „He, Sie da!" Indem das angerufene Individuum sich umdreht, wird es zum Subjekt, „weil es damit anerkennt, dass der Anruf ‚genau' ihm galt und dass es ‚gerade es war, das angerufen wurde'" (Althusser 2010: 88 f.). Genaugenommen finden hier zwei ineinander fallende Akte statt: Während in dem ersten Akt bestimmte Subjektivierungsanforderungen und -angebote unterbreitet werden, kommt es in dem zweiten zur Anerkennung der Anrufung (Ott/Wrana 2010: 164 f.). Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf die Analyse des ersten Akts, d. h. sie wird die Subjektpositionen und die verschiedenen Anrufungen herausarbeiten, aber nicht die Praktiken der Anerkennung empirisch untersuchen. Wie können nun diese Subjektpositionen bestimmt werden? Reckwitz (2008) macht bei Foucault vier Leitkonzepte aus, mithilfe derer die Suche nach dem Subjekt und seiner Subjektivation unternommen werden kann: Diskurs, Dispositiv, Gouvernementalität und Technologien des Selbst.

Diskurse sind nach Foucault „Ordnungen des Denkbaren und Sagbaren" (Foucault 1969: 74). Sie sind vorstellbar als Räume, die ihre je eigenen Wahrheiten, Übereinkünfte und Selbstverständlichkeiten produzieren (Bührmann/Schneider 2012: 9). Diskurse bringen damit historisch spezifische Subjektpositionen hervor (Wrana et al. 2014: 392), welche zu der Emergenz des Subjekts führen (Stäheli 2000: 50). Sie strukturieren kurz gesagt „die Bedingungen (...), im Rahmen derer Akteure denken, reden und agieren" (Denninger et al. 2014: 28).

Solche Wissensordnungen sind bei Foucault eng mit dem Begriff der Macht verbunden: Durch die Produktion von Wissen wird soziale Praxis strukturiert (Wrana et al. 2014: 253). Macht darf dabei nicht verstanden werden als etwas Zentralisiertes oder von einem Punkt Ausgehendes. Sie ist keine juridische Macht und „entsprechend stehen nicht machtausübende Akteure und Akteurinnen, sondern wissensbasierte Praktiken der Machtausübung im Zentrum des Forschungsinteresses“ (Wrana et al. 2014: 153). Dabei ist Macht nicht repressiv, sondern produktiv, sie bringt als „Macht/Wissens-Komplex erst das Subjektsein in seinen historischen Versionen hervor“ (Reckwitz 2008: 31).

Kleinste Einheit dieses Diskurses ist die *Aussage*. Sie interessiert nicht in ihrem Auftreten als singuläre *Äußerung*, sondern in ihrer Regelmäßigkeit, Wiederholung und Bezogenheit auf andere Aussagen (Denninger et al. 2014: 28). Der Fokus der Diskursanalyse richtet sich damit auf die Codes, Taxonomien oder regelmäßigen Verstreuungen der diskursiven Elemente, nicht auf deren Inhalt, vermeintliche Substanz oder Wahrheit (Moebius 2005: 130). Da hier weiter mit Denninger et al. (2014: 28) Aussagen nicht nur als sprachliche, sondern auch als institutionen-, objekt- und körperbezogene Verknüpfungen betrachtet werden, entsteht so eine mehrdimensionale diskursive Ordnung.

Da der Aspekt der Mehrdimensionalität der diskursiven Ordnung in empirischen Diskursanalysen häufig vernachlässigt und die Analyse allein auf die Wissensordnungen bzw. Epistemai fokussiert wird, schlagen Denninger et al. (2014: 31) vor, mit dem Begriff des Dispositivs zu arbeiten. Das Dispositiv ist nach Foucault (1978: 119 f.) das Netz zwischen so heterogenen Elementen wie „Diskursen, Institutionen, architekturalen Einrichtungen, reglementierenden Entscheidungen, Gesetzen, administrativen Maßnahmen, wissenschaftlichen Aussagen, philosophischen, moralischen oder philanthropischen Lehrsätzen, kurz: Gesagtem ebenso wohl wie Ungesagtem.“ Die Hauptfunktion des Dispositivs ist dabei nach Foucault eine strategische, d. h. das Dispositiv soll zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt auf einen bestimmten diskursiv konstruierten Notstand (urgence) antworten (Foucault 1978: 120). Damit ist es in ein „Spiel der Macht“ (Foucault 1978: 123) eingeschrieben, denn die strategische Natur des Dispositivs setzt voraus, „dass es sich dabei um eine bestimmte Manipulation von Kräfteverhältnissen handelt, um ein rationelles und abgestimmtes Eingreifen in diese Kräfteverhältnisse, sei es, um sie zu blockieren oder zu stabilisieren oder auch nutzbar zu machen usw. …“ (Foucault 1978: 123). Das Dispositiv als Gesamtensemble schließlich bewirkt eine „spezifische – nicht unbedingt widerspruchsfreie – Form der Subjektivierung“ (Reckwitz 2008: 29), indem bestimmte Subjektpositionen ausgewiesen werden, die das Subjekt einnimmt bzw. einnehmen kann.

Ein Beispiel für ein Dispositiv ist das, was Foucault (2006b; 2006a) unter dem Begriff der Gouvernementalität fasst. Sein Gouvernementalitätskonzept hat sowohl eine methodologische als auch eine historische Anlage (van Dyk/Angermüller 2010: 9). Methodologisch gesehen bezeichnet Gouvernementalität die „Art und Weise, mit der man das Verhalten der Menschen steuert“ (Foucault 2006a: 261). In seinem Zentrum steht das Konzept der Regierung, wobei unter Regierung eine „*Steuerung von als sich selbst steuernd angenommenen Entitäten*, eine ‚Regierung der Selbstregierung‘“ (Reckwitz 2008: 34, Hervorhebung im Original) verstanden wird. Wichtig ist, dass Regierung nicht gleichgesetzt wird mit dem Handeln politischer Regierungsorgane, sondern dass Regierung umfassend verstanden wird als jede Einwirkung auf das Handeln anderer (Foucault 2006b: 181 ff.). Gouvernementale Strategien zielen dabei darauf ab, diese Einwirkung auf das Handeln anderer durch die Aktivierung von Selbststeuerungsmechanismen zu erreichen (Wrana et al. 2014: 169): Die Regierung strukturiert also die Handlungsfelder der

„freien“ Subjekte mithilfe von Technologien der Selbstführung. Dadurch werden „die Fragen von Macht und Regierung gleichsam in die Subjekte [verlegt]“ (van Dyk/Angermüller 2010: 10).

Historisch gesehen ist das gouvernementale Dispositiv seit dem Ende des 18. Jh. präsent (Reckwitz 2008: 34) und bezeichnet „einen Typus neuzeitlicher Machtausübung“ (Wrana et al. 2014: 169). Foucault hat insbesondere drei Regierungsmodi: die Staatsräson, die „Policey“ und den Liberalismus untersucht, die, wenn auch nicht strikt chronologische Phasen, doch Etappen auf dem Weg zu einem modernen Staat darstellen (Lemke et al. 2000: 13). Diese drei Regierungsformen greifen auf unterschiedliche Technologien der Macht zurück: Die Staatsräson bedient sich des Rechts, die „Policey“ der Disziplin und der Liberalismus der Sicherheitstechniken. Solche Mechanismen der Sicherheit, also z. B. die Einrichtung eines Sozialversicherungssystems, sind dabei die notwendige Bedingung für das Bestehen eines liberalen Systems. Im Gegensatz zur feudalen Ordnung rückt die *Bevölkerung* in den Mittelpunkt, die mit Hilfe „spezifischen Regierungswissens wie der Demographie oder der Versicherungsmathematik“ reguliert wird (van Dyk/Angermüller 2010: 10). Im 20. Jh. entwickelt sich der Liberalismus weiter und es bildet sich eine neoliberale Gouvernementalität heraus, in der der Markt zum wesentlichen Regulationsmechanismus und Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft wird. Nicht mehr der Staat, der gemäß dem liberalen Gedanken die Marktfreiheit überwacht, sondern der Markt selbst wird zum inneren Prinzip (Lemke 1997: 236). Auf diese Weise kommt es zu einer Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Felder (Lemke et al. 2000: 16 f.).

Die angesprochene Verlegung von Macht und Regierung *in* die Subjekte wirft die Frage auf, wie sich im Rahmen einer spezifischen diskursiven Ordnung bestimmte subjektive Selbstinterpretationen bzw. ein bestimmtes Selbstverstehen herausbilden (Reckwitz 2008: 37). Foucault greift hier auf das Konzept der „Technologien des Selbst“ zurück. Solche Technologien ermöglichen es Individuen „mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren eigenen Körpern, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen“ (Foucault 1984: 35 f.). Beispiele hierfür sind z. B. das Tagebuchschreiben (Reckwitz 2008: 38) oder die Beichte (Kraemer 2011), aber auch das „Sich-fit-machen“ auf dem beruflichen Weiterbildungsmarkt (Hirseland/Schneider 2008: 5646).

## 2.2 Subjektivierungsfigur der Gegenwart

Die bisher beschriebene Anrufung des Subjekts verbleibt noch auf einem sehr abstrakten Niveau. Wie aber kann man sich die Subjektivierungsfigur (Lessenich 2013: 83) bzw. Subjektivierungsform (Bröckling 2007) der Gegenwart konkret vorstellen? Anknüpfend an Foucault wird davon ausgegangen, dass spätestens seit den 1990er Jahren eine Transformation vom Begehrenssubjekt zum „unternehmerischen Selbst“ als der hegemonialen Subjektivierungsfigur stattgefunden hat (Bührmann 2011: 663). Dieses unternehmerische Selbst „zeichnet sich dadurch aus, dass es sein Handeln, Fühlen, Denken und Wollen an ökonomischen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen ausrichtet“ (Bührmann 2012: 149). Richard Sennett (2000: 10) spricht daher von dem „flexiblen Menschen“ und meint damit, dass „von den Arbeitnehmern … verlangt [wird], sich flexibler zu verhalten, offen für kurzfristige Veränderungen zu sein, ständig Risiken einzugehen und weniger abhängig von Regeln und förmlichen Prozeduren zu werden.“ Für Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003) macht sich ein neuer Geist des Kapitalis-

mus breit, der sich auf das Projekthafte allen Wirtschaftens und Lebens bezieht. Seinen Ausdruck findet er in der „projektbasierten Polis“ (Boltanski/Chiapello 2003: 147 ff.), in der soziale Beziehungen ausschließlich in kurzfristigen Netzwerken geknüpft werden, die ihrem Anfang und Ende nach bestimmt sind durch die sich gegenseitig ablösenden Projekte (Boltanski/Chiapello 2003: 150 ff.).

Aber Unternehmertum und das unternehmerische Selbst sind nicht auf den Arbeitsbereich beschränkt, es werden vielmehr alle Lebensbereiche erfasst. Rose (1996: 11) spricht daher von einem allgemeinen Aktivitätsmodus und führt aus: „Unternehmertum bezeichnet hier ein Bündel von Regeln für das Führen der eigenen Alltagsexistenz: Tatkraft, Initiative, Ehrgeiz, Berechnung und persönliche Verantwortung. Das unternehmerische Selbst macht ein Unternehmen aus seinem Leben, strebt die Maximierung seines Humankapitals an, plant eine Zukunft für sich und versucht sich zu formen, um zu werden, was es anstrebt. Das unternehmerische Selbst ist somit ein aktives und kalkulierendes Selbst, ein Selbst, das über sich selbst Überlegungen anstellt und auf sich selbst einwirkt, um sich zu verbessern“ (Rose 1996: 12).

Lessenich (2003: 89) geht von einem doppelten Subjektivierungsanspruch aus, den er als „gemeinsinnige Eigenverantwortung“ beschreibt. Gemeint ist damit, dass das Subjekt nicht nur sich selbst, sondern auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlich ist (Lessenich 2013: 82). Dahinter steckt die Überlegung, dass sich die gesellschaftshistorische Durchsetzung der kapitalistischen Handlungsnorm nur durch die Ausformung des modernen Staats als Sozialstaat erklären lässt (Lessenich 2012: 57). Der Sozialstaat wird wie der Kapitalismus zur „Erziehungsagentur“, da er mit der ihm innewohnenden Handlungslogik die Subjekte heranzieht, die diese Gesellschaftsformation braucht (Lessenich 2012: 57). „Ziel dieser veränderten Programmatik ist die sozialpolitische Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, und das bedeutet: sich selbst wie auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlicher Subjekte“ (Lessenich 2013: 82). Solche Subjekte ermitteln nicht nur eine individuelle, sondern auch eine gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Relation ihrer Handlungsoptionen, so dass in ihnen „ökonomisch-rationale und moralisch-soziale Handlungsorientierungen eine glückliche Verbindung [eingehen] – wenn auch nicht von selbst. Vielmehr bedarf diese individuelle, einer ökonomischen und sozialen Rationalität *zugleich* verpflichtete Selbstführung der politischen Führung. Und genau auf diesem Prinzip beruht ein Regierungsprogramm, das seinen sozialregulativen Bezugspunkt in der Subjektivierungsfigur des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) findet“ (Lessenich 2013: 82 f.). Kennzeichen dieses Regierungsprogramms ist die „Aktivierung", die ihren Ausdruck beispielsweise in der Agenda 2010 oder in dem Konzept vom active aging findet. Die Anrufung zum Aktivbürger geschieht dabei in Abgrenzung zu dem Anti-Subjekt des Passivbürgers „der, so die mittlerweile gängige Deutung, durch den expansiven „Versorgungsstaat“ der langen Nachkriegszeit erschaffen worden wäre und dem ein Agieren im Sinne einer gesellschaftlichen Schadensminderung- und -vermeidungspflicht zunehmend fremd geworden sei. Der idealtypische „Aktivbürger“ hingegen bewegt sich, setzt sich ein und schaut voraus, mobilisiert seine Potenziale, befreit sich aus der Unmündigkeit, wird selbst tätig“ (van Dyk/Lessenich 2009: 2). Aktivität wird damit zum normativen Prinzip, von dem auch eine exkludierende Wirkung ausgeht, nämlich gegenüber all denen, die den Ansprüchen nicht genügen können oder wollen.

Bröckling (2005) schließlich hebt hervor, dass die Bürger durchaus widersprüchlichen Anrufungen ausgesetzt sind, da von ihnen nicht nur erwartet wird, dass sie Marktsubjekt sind, sondern dass sie auch Zivilgesellschaftsakteure und Staatsbürger sein sollen – und dies alles in einem perfekten Gleichgewicht. Der „Mobilisierungsdiskurs“ sei allerdings der gleiche: So zitiert Bröckling (2005: 20) Kampagnen

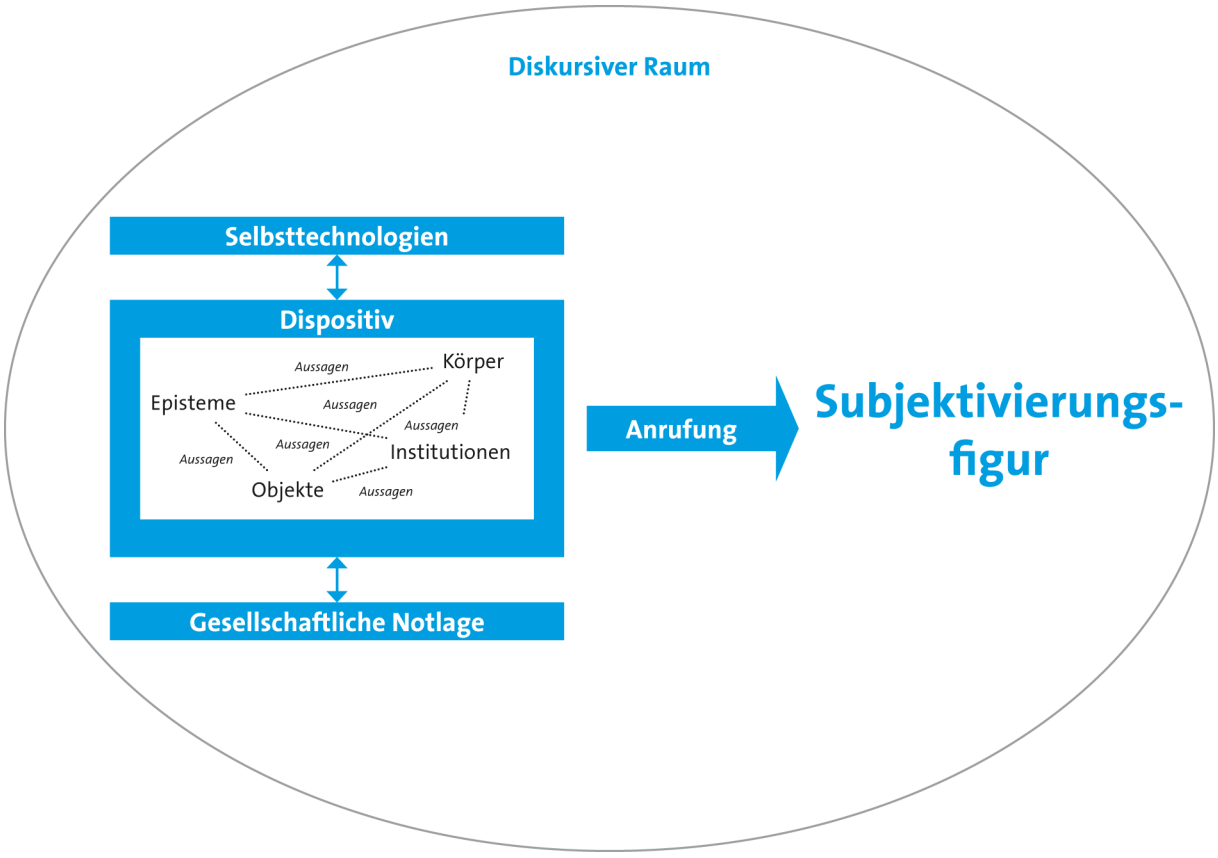
wie „Sport braucht Dein Ehrenamt“ (www.ehrenamt-im-sport.de) oder die „Aktion Gemeinsinn e. V.“, aber auch Überlegungen, durch Veränderungen des Vereins- und Stiftungsrechts den selbst organisierten Bürger zu fördern.

Insgesamt lässt sich aus diesen Überlegungen folgern, dass die Subjektivierungsfigur der Gegenwart sich durch ein „gefordert und gefördert-Sein“ auszeichnet und Kompetenzen wie „Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Kooperationsfähigkeit und Flexibilität“ (Bröckling 2005: 22) aufweisen soll. Dabei gilt allerdings das Prinzip der Unabschließbarkeit, da die derart Angesprochenen die Ansprüche niemals vollständig erfüllen können (Bröckling 2005: 22).

## 2.3 Fragestellung

Die bisherige Erörterung lässt sich anhand der folgenden Grafik (Abbildung 1) zusammenfassen:

**Abbildung 1 Fragestellung**




*Quelle: Eigene Darstellung.*

Im Zentrum dieser Arbeit soll die Anrufung des Subjekts stehen. Mit Anrufung ist die Konstitution des Subjekts durch seine Unterwerfung unter eine diskursive Ordnung gemeint, wobei diese Subjektwerdung immer historisch spezifisch gedacht werden muss. Da sich die vorliegende Arbeit darauf beschränkt, die verschiedenen Subjektivierungsanforderungen und -angebote sichtbar zu machen, wird die konkrete Praktik der Anerkennung der Anrufung, also das, was die Subjekte aus der Anrufung machen, nicht beleuchtet. Um die Subjektpositionen zu ermitteln, wird das Dispositiv des bürgerschaftli-

chen Engagements ausgelotet. Aufgabe dieser Arbeit ist es damit, die entsprechenden Subjektpositionen, die in der Anrufung im Diskurs um die Mardorfer Bürgerhilfe ausgewiesen werden, zu beschreiben und in ihrer Verdichtung zu einer Subjektivierungsfigur offenzulegen.

Dazu stellt sich folgende Forschungsfrage:

> *Welche Subjektivierungsfigur bildet sich in Mardorf durch eine – nicht auf Repression, sondern auf „Selbststeuerung in aktivistischer Absicht" (Denninger et al. 2014: 14) setzende – Regierung des bürgerschaftlichen Engagements heraus?*

Folgendes muss bei der Beantwortung dieser Frage beachtet werden: Indem erstens die Gouvernementalitätsforschung als Dispositivanalyse begriffen wird (Bröckling/Krasmann 2010: 40), kommen nicht nur reine Analysen von Wissensordnungen, sondern auch Körper, Objekt- und Institutionenordnungen in den Blick (Denninger et al. 2014: 31), deren Verknüpfungen durch das Dispositiv abgebildet und – mit Gilles Deleuze – kartografiert werden können (Deleuze 1991: 153 zit. nach Denninger 2014: 33). Es muss also untersucht werden, wie sich öffentlich (re-)produzierte Wissensbestände, Institutionen, Programme, Objekte und Praktiken in Mardorf zu einem Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements verbinden. Weiter ist das Dispositiv in seiner strategischen Ausrichtung zu betrachten, da es immer auf eine urgence, also eine gesellschaftlich geteilte Notlage antwortet. Diese Notlage gilt es für Mardorf herauszupräparieren. Schließlich müssen die vom Dispositiv ausgehenden Prozesse der Subjektivierung, also die politische Anleitung der Subjekte sich selbst zu führen, näher analysiert werden. Das beinhaltet die Suche nach den (Selbst-)technologien, die in Mardorf erkennbar werden.

# 3 Bürgerschaftliches Engagement in Mardorf

## 3.1 Der übergeordnete Kontext: Bürgerschaftliches Engagement in der Altenhilfe

Bürgerschaftliches Engagement hat in Deutschland eine lange Tradition (Sachße 2002). Die gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse, denen es dabei unterlag, haben auch die Diskurse über das Engagement immer wieder verändert (Evers et al. 2015: 3). 1808 wurde mit der Preußischen Städteordnung die kommunale Selbstverwaltung eingeführt, die neben Rechten auch Pflichten wie die unentgeltliche Übernahme von Stadtämtern nach sich zog. Engagement hatte damit von Anfang an einen starken Lokalbezug (Sachße 2002: 4) und war verknüpft mit Aspekten wie Staatlichkeit, Patrimoniat und gesellschaftlichem Ansehen (Evers et al. 2015: 3). Mitte des 19. Jahrhunderts entstand dann, indem die Armenfürsorge zur ehrenamtlichen Aufgabe der (männlichen) Bürger gemacht wurde, neben dem administrativen auch das soziale Ehrenamt (Sachße 2002: 4). Als typische Organisationsform der Bürger setzte sich dabei der Verein durch, der sowohl konfessionelles wie nicht-konfessionelles Engagement umfasste (Sachße 2002: 4). Diese bürgerliche Vereinskultur ging jedoch mit dem Ersten Weltkrieg und der Wirtschaftskrise zu Ende. In der Weimarer Republik bildeten sich stattdessen die bis heute bedeutsamen Wohlfahrtsverbände heraus (Evers et al. 2015: 3), deren Aufstieg zu einer zunehmenden Bürokratisierung und Professionalisierung des Engagements führte (Sachße 2002: 4 f.). Während des Nationalsozialismus wurde das Engagement ideologisch als Dienst an der „Volksgemeinschaft“ aufgeladen (Evers et al. 2015: 3) und das Bürgertum, insbesondere durch die Vernichtung des jüdischen Bürgertums, zerstört (Kocka 2002: 20). In der DDR setzte sich diese Unterdrückung bis 1989/90 fort, Ausnahme bildete aber z. B. das kirchliche Engagement. In der BRD äußerte sich bürgerschaftliches Engagement in den 1960er und 1970er Jahre einerseits als politischer Protest, andererseits existierte es aber auch als klassisches Ehrenamt fort (Evers et al. 2015: 3 f.). Letzteres rückte – vor allem während der „Hochzeiten sozialstaatlicher Planungs- und Gestaltungsbegeisterung“ (Sachße 2002: 3) in den 1970er Jahren – an den Rand des politischen und gesellschaftstheoretischen Bewusstseins und wurde erst wiederentdeckt, als es zur sogenannten „Krise des Wohlfahrtsstaats“ kam (Sachße 2002: 3). Damit einher ging eine (wirtschafts-)politische Neuorientierung, die (angeführt von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA) Wachstum und Wohlstand nicht mehr als Aufgabe von staatlichen Konjunkturprogrammen und Wohlfahrtsstaatseinrichtungen sah, sondern sie den Selbstregulierungskräften des Marktes überantworten wollte. In Deutschland wurde dieser Paradigmenwechsel unter Helmut Kohl, vor allem aber unter Gerhard Schröder (hier unter dem Stichwort Dritter Weg) aufgegriffen (Pinl 2015: 50).

Wichtiger Markstein dieser Neubesinnung auf das Engagement ist die Einrichtung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 1999 durch den Deutschen Bundestag. Von ihr stammt eine auch heute noch oft gebrauchte Definition des bürgerschaftlichen Engagements. Dieses sei „freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt“ (Enquete-Kommission 2002: 38). Betont wird in diesem Zusammenhang zum einen die normative Komponente des Engagements: Diese verlangt, dass nicht jedes gemeinsame Tun von Bürgern als bürgerschaftliches

Engagement eingestuft wird, sondern dass es die Voraussetzung einer Gemeinwohlorientierung erfüllen muss. Welche Inhalte dabei als Gemeinwohl gelten können, ist einem ständigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess unterworfen (Enquete-Kommission 2002: 39). Zum anderen wird von einem solchen Engagement eine sozial wie politisch integrierende Wirkung erwartet, die eng mit dem Konzept des sozialen Kapitals nach Putnam (2000) verknüpft ist (insbesondere als „bridging social capital").

Dieses Begriffsverständnis vom freiwillig und unentgeltlich ausgeübten bürgerschaftlichen Engagement als einer „gemeinsinnigen öffentlichen Tätigkeit zur Gestaltung des politischen Gemeinwesens", ist geprägt von dem Diskurs um die Zivilgesellschaft (Klein 2015: 10 f.). Zivilgesellschaft tritt danach – mit der ihr eigenen Handlungslogik der Solidarität – als selbstständiger Sektor neben Staat, Wirtschaft und Privatsphäre. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Verweis auf den „Eigensinn" des bürgerschaftlichen Engagements, der bewahrt werden müsse (Enquete-Kommission 2002: 39). Dies ist besonders relevant für die Debatte, inwieweit das Engagement auf Engpässe der öffentlichen Daseinsversorgung reagieren soll (Klein 2015: 12). Gleich ob dies unter den Stichworten des „Wohlfahrtspluralismus" (Evers/Olk 1996), der „Erzeugung öffentlicher Güter" (Olk/Hartnuß 2011) oder des „magischen Dreiecks" bestehend aus Bürgerkompetenz, schlankem und aktivierendem Staat und gesellschaftlichen Institutionen (Münkler 2002: 33) verhandelt wird, es geht hierbei immer um eine Verabschiedung von der Vorstellung der Allzuständigkeit des Staates (Pinl 2015: 51). An dessen Stelle, so die Enquete-Kommission (Enquete-Kommission 2002: 33 f.), habe die „Bürgergesellschaft" zu treten: „Unter dem Stichwort einer neuen Verantwortungsteilung wird in der Bürgergesellschaft mehr bürgerschaftliche Verantwortung von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet – ohne dass dies vom Staat erzwungen wird. Die Idee der Bürgergesellschaft rechnet vielmehr mit einer freiwilligen Verantwortungsübernahme. […] Formen der Selbstverpflichtung werden umso notwendiger, je stärker sich der Staat von geltenden Regelungsansprüchen zurückzieht und Aufgaben, die nicht staatlich geregelt werden müssen, bürgerschaftlichen Akteuren überantwortet."

Ein Bereich, in dem es zu einer solchen Verantwortungsübernahme kommen soll, ist die Altenhilfe. Altenpflege ist in Deutschland traditionell in hohem Maße eine familiäre Aufgabe. Auch die 1995 eingeführte Pflegeversicherung ist nicht angetreten, daran etwas zu ändern, sondern war immer als „Teil-Kaskoversicherung" geplant. Allerdings setzte sich in den folgenden Jahren die Überzeugung durch, dass die pflegenden Angehörigen entlastet werden müssten, damit sie ihren Aufgaben weiterhin gerecht werden können (BT-Drucksache 14/6949 2001: 9). 2001 wurde deshalb im Rahmen des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes die Förderung bürgerschaftlich organisierter, niedrigschwelliger Dienste eingeführt. Niedrigschwellige Dienste sind als Angebote definiert, „in denen Helfer und Helferinnen unter pflegefachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung in Gruppen oder im häuslichen Bereich übernehmen sowie pflegende Angehörige entlasten und beratend unterstützen" (§ 45c Abs. 3, S 1 SGB XI). Solche Angebote können Gespräche, Spaziergänge, Fahrdienste, gemeinsames Spielen und anderes umfassen. Damit sie ihre Leistungen mit der Pflegekasse abrechnen können, müssen die Dienste landesrechtlich anerkannt sein. Dazu ist Voraussetzung, dass die Helferinnen und Helfer eine angemessene Schulung und Fortbildung erhalten, sowie kontinuierlich fachlich begleitet und unterstützt werden (§ 45c Abs. 3, S 4 SGB XI). Die Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg (s. Abschnitt 3.3) stellt ein Beispiel für einen solchen niedrigschwelligen Dienst dar.

## 3.2 Der Sozialraum Mardorf und Umgebung

Nach dieser allgemeinen Verortung des bürgerschaftlichen Engagements kann nun der Fokus auf die lokalen Mikropraktiken gerichtet werden. Die Großgemeinde Amöneburg liegt im Bundesland Hessen im Landkreis Marburg-Biedenkopf, einige Kilometer östlich von Marburg. Sie besteht aus fünf Stadtteilen: Der Stadt Amöneburg, die auf einem 365 Meter hohen Basaltkegel liegt, und den vier durch die Gebietsreform von 1971 eingemeindeten Dörfern Mardorf, Roßdorf, Rüdigheim und Erfurtshausen. Diese politische Zusammenlegung der bis dahin selbstständigen Dörfer wird von den älteren Einwohnern nach wie vor kritisch betrachtet. Insgesamt leben in Amöneburg auf einer Fläche von 43,95 Quadratkilometern 5081 Einwohner (Hessisches Statistisches Landesamt 2014a), wobei Mardorf mit 1587 Einwohnern der bevölkerungsstärkste Stadtteil ist.

Die Bevölkerungsentwicklung war zwischen 2007 und 2012 stabil (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung o. J.). Bis 2030 wird eine Abnahme um 3,8 % erwartet, während die Bevölkerung im Landkreis leicht wachsen wird (+0,2 %) (Hessen Agentur 2015). Bezüglich der Altersstruktur wird eine deutliche Alterung erwartet: So wird insbesondere der Anteil der 60- bis unter 80-Jährigen stark zunehmen und sich der Anteil der über 80-Jährigen bis 2030 sogar verdoppeln (s. Abbildung 2). Gemäß der Pflegestatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes gab es im Jahr 2013 im Landkreis insgesamt 9228 Pflegebedürftige, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhielten, darunter 3623 Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (Hessisches Statistisches Landesamt 2014b).

Nach der Raumtypisierung, die das BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung o. J.) vorgenommen hat, ist Amöneburg von der Besiedlung her als ländlich und von der Lage her als peripher einzustufen. Kennzeichen hiervon ist der hohe Auspendlerüberschuss, den die Stadt verzeichnet (achtmal so viele Auspendler wie Einpendler). Der ländliche Charakter wird dadurch belegt, dass 60 % der Gesamtfläche aus Landwirtschaft bestehen und weitere 29 % aus Wald (Hessen Agentur 2015). Obwohl die Landschaft von der Landwirtschaft geprägt ist, geht die Zahl der Vollerwerbsbetriebe zurück: 2010 gab es in Amöneburg nur noch elf Haupterwerbsbetriebe (Hessisches Statistisches Landesamt 2014a).

Die Stadt Amöneburg ist erstmals 721 urkundlich erwähnt, als St. Bonifatius ein Kloster in der Stadt gründete. Auch heute noch – ein Relikt des Dreißigjährigen Krieges – ist der Großteil der Einwohner katholisch, im Gegensatz zu dem ansonsten überwiegend evangelisch geprägten Landkreis. Kirchenrechtlich gehören Amöneburg und damit auch das Schwesternhaus in Mardorf zum Bistum Fulda.

Mardorf hat mit der Kirche einen klaren Ortsmittelpunkt. Das Schwesternhaus „St. Josef“ liegt westlich davon nur einige Gehminuten entfernt. Das Haus wurde 1898 eröffnet und bis 2009 von Vinzentinerinnen bewohnt, deren Aufgabe es war – entsprechend dem Vermächtnis der Mardorfer Bürgerinnen und Bürger – alte und kranke Menschen sowie Waisenkinder und Säuglinge zu pflegen (Diehl et al. 2009: 18). Interessant ist hierbei, dass die Finanzierung von Grundstück und Bau aus der Mitte der Bevölkerung kam. Das Haus war also, obwohl eine kirchliche Einrichtung, ein Bürgerprojekt. Von 1919 bis 1974 wurden hier zudem die Kinder des Dorfes in der „Schwesternschoul“ betreut, sodass die heute über 70-Jährigen fast alle einen Bezug zum Schwesternhaus haben. Auch im Verlauf eines Lebens waren die Schwestern von zentraler Bedeutung für das Leben im Dorf, z. B. bei Geburten, als medizinische Versorgung von Verletzungen und kleinen Operationen oder als Sterbebegleitung (Diehl et al. 2009: 20).

Die heutige Versorgung im Alter stützt sich auf ambulante und teilstationäre Angebote: Im Stadtteil Roßdorf befindet sich eine Seniorentagespflege mit 15 Plätzen, außerdem gibt es im Landkreis ein gut ausgebautes Netz ambulanter Pflegedienste. Bis 2009 hat die Caritas eine Sozialstation im Mardorfer Schwesternhaus betrieben. Sie verlegte ihre Büroräume inzwischen nach Marburg, bleibt aber dennoch der größte Pflegedienstleister vor Ort. Im Einzugsgebiet von Amöneburg existiert keine vollstationäre Pflegeeinrichtung. Im Landkreis allerdings halten 43 Pflegeheime insgesamt 2370 Plätze vor. Mit 52 Plätzen je 1000 Einwohner ab 65 Jahren liegt der Kreis damit über dem hessischen Durchschnitt (47 Plätze) (Hessisches Statistisches Landesamt 2014b).

Die lokale Altenpolitik wird von unterschiedlichen Akteuren beeinflusst: Eine wichtige Rolle spielt der kommunale Seniorenbeirat, der sich aktiv für Belange der Älteren einsetzt. Da auch personell zwischen dem Beirat und der Bürgerhilfe Überschneidungen bestehen, stärkt dies die Position der Bürgerhilfe. Impulsgeber ist weiterhin die Stabsstelle Altenhilfe des Landkreises: Die Unterstützung der langjährigen Leiterin, die sich insbesondere für die regionale Vernetzung von Hilfen einsetzt, war entscheidend für die Initiierung und Begleitung des Projekts „Leben und alt werden in Mardorf und Umgebung“. In Marburg ist zudem ein Pflegestützpunkt angesiedelt, der für die Menschen in Amöneburg aber aufgrund der Entfernung weniger relevant ist.

Die dörfliche Interaktion zwischen den (älteren) Menschen ist von Nachbarschaft, Vereinsleben und Kirche geprägt. Phänomene, die besonders für kleine Gemeinschaften typisch sind, wie soziale Kontrolle oder eine Abgrenzung zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen, finden sich auch hier. Religiöses Brauchtum ist in der Bevölkerung fest verankert, z. B. in Form der jährlichen Fronleichnamsprozession in Mardorf. Ausdruck von gemeinschaftlich geteilten Werten und Anliegen ist auch der von 2000-2009 in Mardorf stattfindende Dorferneuerungsprozess (Magistrat der Stadt Amöneburg 2009), während dessen viele große und kleine Projekte realisiert werden konnten. Das Dorf ist stolz auf den Zusammenhalt und das Engagement seiner Bürger, die viele Vorhaben in Eigenleistung erbrachten.

## 3.3 Die Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg

Aus dieser Beteiligung der im Dorf Lebenden ging auch der Prozess hervor, der schließlich zur Gründung des Bürgervereins und der Bürgerhilfe geführt hat. Initiiert durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Amöneburg wurde 2008, als abzusehen war, dass die Ordensschwestern das Haus mangels Nachfolgerinnen aufgeben würden, eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Frage des Altwerdens im Dorf auseinandersetzen und ein neues Nutzungskonzept für das Schwesternhaus entwickeln sollte. An der Ideensammlung beteiligten sich – unterstützt durch den Bürgermeister der Stadt Amöneburg sowie durch die Stabsstelle Altenhilfe des Landkreises – viele Bürgerinnen und Bürger des Dorfes. Im Januar 2010 mündete die Initiative in die Gründung des gemeinnützigen Bürgervereins „Leben und Altwerden in Mardorf und Umgebung e. V.“ mit zunächst 70 Mitgliedern. Anliegen des Vereins ist es, aktive Bürger zu engagieren und zu einem neuen Miteinander zu motivieren, um Menschen mit Einschränkungen in der Alltagsorganisation bzw. -bewältigung zu helfen. Ziel ist es, älteren bzw. demenzerkrankten Dorfbewohnern einen möglichst langen Verbleib in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen – unabhängig von ihrem Hilfebedarf. Der Bürgerverein entwickelte dazu ein Gesamtkonzept, in dem die Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg *einen* Baustein bildet. Die Bürgerhilfe, deren Auf- und Ausbau durch eine Kofi-

nanzierung von Land und Pflegekasse unterstützt wird, ist landesrechtlich als niedrigschwelliger Betreuungsdienst im Rahmen des § 45c SGB XI anerkannt.

Um die fachliche Begleitung der Helferinnen und Helfer sicherzustellen, beschäftigt die Bürgerhilfe eine professionelle Koordinierungskraft in Teilzeit. Für die Mitwirkung als Helferin oder Helfer ist der Besuch einer 62-stündigen Schulung erforderlich. Insgesamt konnten rund 90 Engagierte gewonnen werden, die in wachsendem Umfang Betreuungsaufgaben wahrnehmen: In 2013 wurden 3000, in 2014 8950 Helferstunden geleistet. Die Klientinnen und Klienten müssen für diese Betreuungen einen Stundenlohn von 12 Euro bzw. 10 Euro (für Mitglieder im Bürgerverein) bezahlen. Davon erhalten die Helferinnen und Helfer eine Aufwandsentschädigung von 8 Euro. Der Rest verbleibt beim Verein und dient der Finanzierung von Miete, Personal- und weiteren Investitionskosten. Insgesamt ist die Bürgerhilfe somit in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einem wichtigen Integrationsfaktor innerhalb der Gemeinde geworden.

# 4 Methodisch-methodologische Überlegungen oder Wie untersucht man ein Dispositiv?

Nachdem nun sowohl der theoretische Bezugsrahmen der Arbeit als auch die Spezifika des Sozialraums in Mardorf dargestellt wurden, soll nachfolgend auf Überlegungen zum methodisch-methodologischen Vorgehen eingegangen werden. Ziel ist es, die lokale Subjektivierungsfigur zu untersuchen. Die Gouvernementalitätsforschung bietet hierzu kein methodisch feststehendes Verfahren an, sie ist weniger Methode als vielmehr flexible Forschungs*perspektive* (Bröckling/Krasmann 2010: 32). Foucault selbst hat seine Analyseinstrumente immer spezifisch an die historischen Untersuchungsgegenstände angepasst und weiterentwickelt (Bröckling/Krasmann 2010: 32). Daher soll auch hier ein eigenständiger Weg versucht werden.

Zunächst muss erläutert werden, warum zur Bearbeitung der Fragestellung eine Dispositivanalyse gewählt wurde. Obwohl in der Diskurs*theorie* ein weites Verständnis von Diskurs besteht, also ein Verständnis, dass der Diskurs nicht nur sprachliche Praktiken, sondern auch Körper, Objekte und Institutionen umfasst, hat die *empirische* Diskursforschung ihre Analyse häufig auf sprachliche Praktiken beschränkt (van Dyk 2013: 47). Eine solche Engführung ist für die hier vorliegende Arbeit jedoch nicht angemessen. Denn es geht in Mardorf eben nicht nur um Spezialdiskurse, sondern um Bürger in einer realen Lebenswelt. Diese aber ist auch gekennzeichnet durch „materielle, sozio-technische, körperliche und/oder institutionelle Formen" (van Dyk 2013: 47). Es gilt daher, die Multidimensionalität der diskursiven Ordnung einzufangen und nicht die nicht-sprachlichen Praktiken auszublenden (Denninger et al. 2010: 212). Für diese Aufgabenstellung ist das an Foucault orientierte Dispositivkonzept gut geeignet.

An dieser Stelle muss jedoch auf ein Missverständnis hingewiesen werden. Zum Teil wird Foucault so gelesen, dass das Dispositiv mit dem Nicht-Diskursiven und das Nicht-Diskursive mit dem Nicht-Sprachlichen gleichgesetzt wird (Bührmann/Schneider 2012: 100 ff.). Ich folge hier stattdessen der Auslegung von van Dyk (2013), die sich gegen die Unterscheidung diskursiv – nicht-diskursiv wendet. Van Dyk geht davon aus, dass auch nicht-sprachliche Gegenstände wie die Schusswaffe, das Wetter oder die Masern diskursiv sind, wenn nicht die Existenz dieser Gegenstände an sich, sondern ihre Erfahrbarkeit betrachtet wird. Sie spricht daher von einem methodologischen Primat des Diskurses im Gegensatz zu einem ontologischen. Daraus folgt, dass es – eben weil es nicht erfahrbar ist – durchaus viel Außer-Diskursives gibt, dass aber die bedeutungsvolle Welt immer diskursiv hervorgebracht wird (van Dyk 2013: 48 f.).

## 4.1 Der Korpus

Aus dem methodologischen Primat des Diskurses folgt für die Frage, wie ein Dispositiv zu untersuchen ist, dass „der Aussagencharakter von Texten, Objekten, Institutionen und Körpern sowie die Existenzbedingungen dieser Aussagen" (Denninger et al. 2010: 215) der Analyse zugänglich gemacht werden müssen. Diese Aussagen aber können, wenn sie nicht-sprachlicher Natur sind, nur vermittelt über die Sprache ausgewertet werden, d. h. die Analyse erfolgt durch den Zugang über einen Text (Denninger et al.

2010: 215 f.). So kann die Bedeutung des Schwesternhauses z. B. nur über die PowerPoint-Präsentationen anlässlich der Mitgliederversammlungen bzw. über die transkribierten Interviews analysiert werden, in denen Geschichten zum Haus erzählt werden.

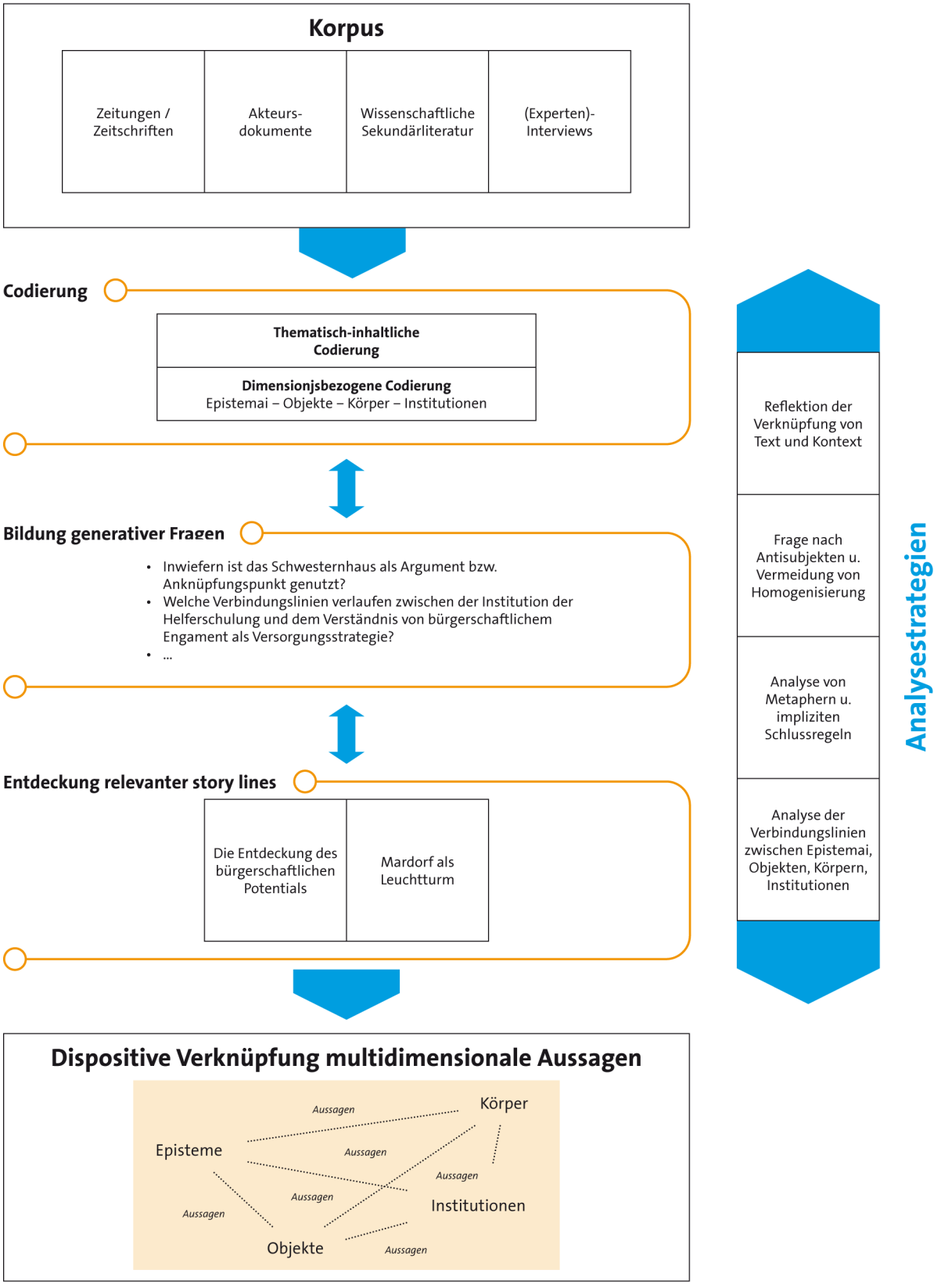
Dieser Prämisse folgend, wurden verschiedene Texte in einem Materialkorpus gesammelt. Der Korpus erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern seine Zusammenstellung erfolgt in Anlehnung an das in der Grounded Theory angewandte Prinzip des *theoretical samplings*: Das Datenmaterial wird also anhand von reflektierten Kriterien ausgewählt und sukzessive erweitert mit dem Ziel einer theoretischen Sättigung (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 182). Für die Textauswahl wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt: Die wichtigste inhaltliche Eingrenzung erfolgte über den Forschungsgegenstand. So sollte sich das Material auf bürgerschaftliches Engagement beziehen, insbesondere auf ein Engagement, das Älteren einen Verbleib in der Häuslichkeit sichern will. Da es um den spezifischen Diskurs bezüglich der Bürgerhilfe in Mardorf gehen soll, wurde vorrangig Material mit diesem örtlichen Schwerpunkt einbezogen. In dem Bewusstsein, dass das lokale Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements nicht abgeschottet zu sehen ist, sondern politische Aussagen auf übergeordneter Ebene wichtige Wegbereiter für örtliche und regionale Entwicklungen sind, wurde die Datenbasis um Dokumente auf Landkreis-, Landes- und Bundesebene erweitert. Neben diesem Fokus auf die politisch-staatlichen Diskurse sind als zusätzlicher Kontext die wissenschaftlichen Spezialdiskurse zum bürgerschaftlichen Engagement zu berücksichtigen. Diese haben zumindest indirekt – beispielsweise über eine Einflussnahme auf den Gesetzgeber – auch Auswirkungen auf die lokale Ebene. Der betrachtete Zeitraum wird für das lokale Material durch den Weggang der Vinzentinerinnen aus dem Schwesternhaus 2009 und dem damit erfolgenden Beginn des Projekts „Leben und Altwerden in Mardorf und Umgebung“ bestimmt. Für die eher kontextrelevanten Dokumente wurde ein zeitlich breiterer Zeitraum zugrunde gelegt. Insgesamt wurden damit 69 Texte bestehend aus Zeitungen- und Zeitschriftenartikel, Dokumente der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg, politisch-staatliche Dokumente, (Experten-)interviews und wissenschaftliche Sekundärliteratur in den Korpus aufgenommen[2] und für die weitere Auswertung in die Analysesoftware MAXQDA eingelesen.

## 4.2 Die Auswertung

Das Vorgehen bei der Auswertung lehnt sich an Denninger et al. (2014) an, allerdings mit einigen Anpassungen, um den abweichenden Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Der Auswertungsprozess lässt sich in mehrere Phasen unterteilen, die jedoch durchlässig sind und ein Hin- und Herpendeln erlauben. Die nachfolgende Grafik (Abbildung 2) erlaubt einen Überblick über das Vorgehen.

[2] Eine Übersicht aller im Korpus versammelten Dokumente findet sich im Anhang.

**Abbildung 2 Methodisches Vorgehen**




*Quelle: Eigene Darstellung.*

Ausgangsbasis der Auswertung sind die verschiedenen Elemente des Korpus. Im ersten Schritt erfolgte eine Codierung der Texte, die sich an der Grounded Theory orientierte, ihr aber nicht vollständig folgte. Denninger et al. (2014) beschreiben ihr Vorgehen als eine Mischform des offenen und axialen Codierens, d. h. die gewählten Codes gehen über eine paraphrasierende Beschreibung hinaus und sind bereits theoretisierend formuliert (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 213), ohne jedoch schon einzelne Konzepte genauer auszuloten (Denninger et al. 2014: 54). Außerdem erfolgte keine line-by-line Feinanalyse, sondern es wurden größere Sinnzusammenhänge codiert. Die Codes wurden vor dem Hintergrund meines sekundäranalytischen Vorwissens und in ständigem Rückbezug auf das Datenmaterial entwickelt. Um dem methodologischen Anspruch der Dispositivanalyse Rechnung zu tragen, wurden bei der Codierung die zentralen Dimensionen Epistemai, Objekte und Institutionen berücksichtigt (Denninger et al. 2014: 55). Beispiel für dimensionsbezogene Codes sind das Schwesternhaus in Mardorf (Dimension Objekte); der Demografiepreis, die Stabsstelle Altenhilfe, der § 45c SGB XI, die Helferschulung (Dimension Institutionen) und das Konzept der Koproduktion von Staat und Zivilgesellschaft (Dimension Wissensordnung). Die Dimension Körper spielte vorliegend nur eine untergeordnete Rolle. Die thematischen Codes umfassen Inhalte wie Engagementpolitik, Potenzial der Senioren, Verlässlichkeit der Hilfen oder den Verbleib in der Häuslichkeit.

Ausgehend von dem so vorbearbeiteten Material wurde eine Liste generativer Fragen (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 212) erstellt. Diese Fragen wurden durch ein Brainstorming im Rahmen einer ersten intensiven Auseinandersetzung mit den Daten generiert und leiteten die nachfolgende Analyse an. Die Funktion der Fragen war es, in ein „Gespräch“ mit dem Material zu treten und es auf diese Weise aufzuschließen. Die Liste war nicht abschließend formuliert und veränderte sich im Laufe des Analyseprozesses.

Anhand der inhaltlichen und dimensionsbezogenen Codes und der generativen Fragen wurden schließlich textübergreifend mehrere story lines identifiziert. „Als story line lassen sich Erzählungen der sozialen Wirklichkeit definieren, durch die Elemente aus vielen unterschiedlichen Gebieten miteinander verknüpft werden und die dabei den Akteuren ein Set symbolischer Assoziationen an die Hand geben, die so ein geteiltes Verständnis suggerieren. Sie wurden damit zu wiederkehrenden Metaphern – oder „tropes“ – die das öffentliche Verständnis beherrschten und die bestehende Sozialordnung rationalisierten und naturalisierten" (Hajer 1998: 113). Diese story lines erlauben es also, heterogene diskursive Kategorien in kohärente Zusammenhänge zu fassen (Denninger et al. 2010: 220), indem eine (mehr oder weniger) stimmige Geschichte erzählt wird. Dabei aktiviert „der Rückgriff auf ein bestimmtes Element einer storyline [...] in der Regel die gesamte Erzählung, wodurch spezifische Zusammenhänge als selbstverständlich und "natürlich" konstituiert werden, ohne explizit hergestellt und begründet werden zu müssen“ (Denninger et al. 2010: 220). In Mardorf überlagern sich mehrere dieser story lines. Vorliegend soll den beiden folgenden nachgegangen werden: „Die Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials“ und „Mardorf als Leuchtturm“. Zusammen lassen die beiden Erzählungen das Bild eines Dispositivs des bürgerschaftlichen Engagements entstehen, das auf die in ihm enthaltenen Subjektpositionen untersucht werden kann.

Im Rahmen der beschriebenen Arbeitsschritte gab es eine Reihe von Analysestrategien, die das Ziel hatten, den Fokus „von der thematischen Sortierung verstreuter *Äußerungen* hin zur Analyse von *Aussagen(-verknüpfungen)*“ (Denninger et al. 2014: 56) zu verschieben und durchgängig für die Auswertung

relevant waren. Die erste Strategie zielt darauf ab, die Analyse des Dispositivs als Verknüpfungsordnung in das Zentrum zu rücken. Dazu musste der Blick immer auf das Netz, das zwischen Epistemai, Körpern, Objekten und Institutionen gespannt wird, gerichtet werden. Um solche Verbindungen aufzuspüren, wurden die Codes in Maps organisiert, die es erlaubten, ihre (diskursiv hergestellten) Beziehungen zueinander darzustellen. Verschiedene Verschränkungen der Codes konnten so getestet, modifiziert oder auch verworfen werden (Denninger et al. 2014: 56): Beispielsweise konnte eine Verknüpfung zwischen dem Engagement und den Codes der eigenen Gesundheit/dem eigenen Glück/den eigenen sozialen Kontakten des Freiwilligen hergestellt werden. Dieses Vorgehen erlaubte es außerdem, sogenannte Anschlussdispositive zu entdecken. So wurde eine Verbindungslinie zwischen der Entdeckung des bürgerschaftlichen Engagements als Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben und dem Dispositiv des kompetenten Alters (Denninger et al. 2014) deutlich.

Eine weitere Strategie, um den Blick von der Äußerung auf die Aussagen(-verknüpfungen) hin zu verschieben, war die Analyse von Metaphern. Metaphern sind Übertragungen, die die Funktion haben, psychische oder soziale Phänomene komplexitätsreduzierend zusammenzufassen (Denninger et al. 2014: 57). Von ihnen geht eine performative Wirkungskraft aus: Metaphern „stiften … Ähnlichkeiten (statt sie bloß abzubilden), produzieren auf diese Weise neue Bedeutungen und eröffnen Möglichkeiten der Weltsicht“ (Opitz 2011: 439). Das bedeutet, dass der Gebrauch von Metaphern unser Denken über einen Sachverhalt beeinflusst und in bestimmte Richtungen lenken kann. Diese Zusammenhänge aufzudecken, ermöglicht es, dispositive Verbindungen aufzuspüren. Eine ähnliche Funktion hat die Ermittlung impliziter Schlussregeln. Mithilfe dieser können Argumente (im Sinne einer vorausgesetzten Aussage) von Konklusionen (im Sinne einer behaupteten Aussage) unterschieden und auf ihre Verbindung hin untersucht werden (Denninger et al. 2014: 57 f.). So ist das Argument, dass es in den nächsten Jahrzehnten demografische Veränderungen geben wird, mit der Konklusion verbunden, dass der Staat angesichts leerer Kassen mit diesen Problemen überfordert ist. Die mehr oder weniger implizite Schlussregel dahinter ist, dass eine Notwendigkeit besteht, dass die Bürger sich engagieren und die Probleme selbst in die Hand nehmen müssen.

Eine ergänzende Auswertungsstrategie war es, nach Differenzen zu fragen – also einerseits danach, welche Formen der Subjektivität innerhalb eines Diskurses ausgeschlossen bzw. für illegitim erklärt und somit als Anti-Subjekt bestimmt werden, andererseits aber auch die idealen Subjektmodelle zu ermitteln, die im Diskurs positiv impliziert werden (Reckwitz 2008: 28). Dabei kann die heuristische Leitfrage gestellt werden, worauf der Diskurs den Anspruch gründet, die Wahrheit über das Subjekt zu sagen, also auf welche Autorität sich der Diskurs beruft, um sein Sprechen über Subjekt und Anti-Subjekt zu legitimieren (Reckwitz 2008: 28 f.). Relevant für die Analyse ist weiterhin die konkrete Verknüpfung von Text und Kontext, also unter welchen Bedingungen ein Text entstanden ist und in den Diskurs Eingang gefunden hat (Denninger et al. 2014: 57). Schließlich warnen Denninger et al. auch davor, vorschnell die Ergebnisse der Dispositivanalyse zu homogenisieren (Denninger et al. 2014: 44 f.). Die Analyse laufe sonst Gefahr, Brüche und Inkonsistenzen einzuebnen. Daher bestand diese letzte Analysestrategie darin, immer wieder nach Unstimmigkeiten zu fragen. Nach Hanke gilt es, „die Regelmäßigkeiten diskursiver Formationen herauszufinden, im gleichen Atemzug jedoch dem Wuchernden und Differentiellen des Diskurses auf der Spur zu bleiben“ (Hanke 2010: 102).

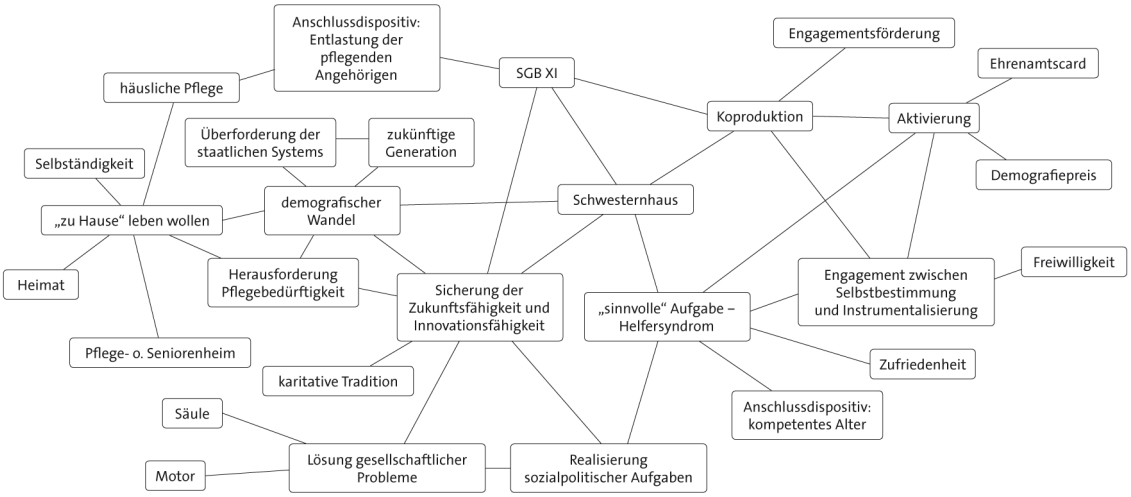
# 5 Das Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf

## 5.1 Die Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials

Die vorgestellten Analyseschritte erlauben es, die Verknüpfung der mehrdimensionalen Aussagen zu einem Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf sichtbar zu machen. Es wird im Folgenden durch die beiden story lines „Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials“ und „Mardorf als Leuchtturm“ beschrieben. In Abschnitt 6 werde ich mich dann explizit den in ihnen enthaltenen Subjektpositionen zuwenden.

Die erste story line handelt von der Entdeckung des bürgerschaftlichen Engagements als Potenzial. Sie verbindet Wissensordnungen, Objekte und Institutionen so, dass der strategische Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements hervorgehoben wird. Gemeint ist damit, dass die Engagementaktivität als eine geeignete Strategie verhandelt wird, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Einen Ausschnitt aus dieser dispositiven Ordnung zeigt die folgende Grafik (s. Abbildung 3), die die zahlreichen Verbindungslinien zwischen ihren Elementen veranschaulicht.

**Abbildung 3 Dispositive Ordnung "Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials"**




*Quelle: Eigene Darstellung.*

Drei Aspekte werden in dieser story line verknüpft: Zunächst ist hervorzuheben, dass das bürgerschaftliche Engagement sowohl von den Mardorfer Bürgern als auch von staatlicher Seite als *geeignet* gesehen wird, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dies wird unter dem Stichwort der Zukunftsfähigkeit diskutiert, für die das Engagement unentbehrlich sei. Zweitens weist das bürgerschaftliche Engagement in der Altenhilfe die Besonderheit auf, dass es nicht nur als *erforderlich* betrachtet wird, um dem „rollenden Zug“ (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf 2008: 109) des demografischen Wandels zu begegnen, sondern dass es darüber hinaus auch als *erstrebenswert* gesehen wird: Es antworte einerseits auf den

Wunsch der alten Menschen, zu Hause wohnen bleiben zu können, andererseits nutze es aber auch den Engagierten selbst. Drittens wird in der Erzählung dem Staat eine spezifische Rolle zugewiesen. Er soll *aktivieren* und *fördern*, indem er die für das Engagement erforderliche Infrastruktur bereitstellt. Das bürgerschaftliche Engagement übernimmt dann die Realisierung von Wohlfahrtsaufgaben. Dieses (neue) Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft wird unter dem Begriff der Koproduktion behandelt. Die drei genannten Aspekte werden in der Regel als Einheit zusammengehörig gedacht. Allerdings wird durch die dabei hergestellte innere Stimmigkeit ein Spannungsfeld zwischen den widerstreitenden Polen von *Selbstbestimmung* und *Instrumentalisierung* des bürgerschaftlichen Engagements verdeckt. Darauf wird abschließend einzugehen sein.

**Garant der Zukunftsfähigkeit**

Die Erzählung von der Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials in der Altenhilfe nimmt in Mardorf ihren Ausgang im Objekt des Schwesternhauses. Während Nachbarschaftshilfen zur gegenseitigen Unterstützung bei Hilfebedarf im Dorf schon immer selbstverständlich waren, ist ein organisiertes bürgerschaftliches Engagement mit dem Ziel, den Verbleib älterer Dorfbewohner in ihrer vertrauten Umgebung zu gewährleisten, neu. Der Bedarf dazu ergab sich durch die Lücke, die der Weggang der Ordensschwestern aufgeworfen hatte. Das (leer stehende) Schwesternhaus bildete den Anlass dafür, tätig zu werden, um die Versorgung älterer Menschen im Dorf auch weiterhin zu gewährleisten. So ist das Gebäude eng mit dem Entstehungsprozess der Bürgerhilfe verbunden: Es bildete eine steingewordene Anrufung der Bürger in das Engagement. Diese Anrufung wurde zunächst vonseiten der Kommune und des Landkreises aufgenommen. Mit Unterstützung der Stabsstelle Altenhilfe des Landkreises initiierte die Stadtversammlung ein Bürgerprojekt, um ein Nutzungskonzept für das Haus zu erstellen. Entscheidendes Ergebnis dieser Projektgruppe war die Gründung des Bürgervereins, der beauftragt wurde, die konzipierten Angebote zu realisieren (BH_20.06.11). Damit wurde dem bürgerschaftlichen Engagement eine Bedeutung als gesellschaftliche Lösungsstrategie zugesprochen.

Dieser Diskurs ist eng gekoppelt mit der Wissensordnung der *Zukunftsfähigkeit*. So heißt es im Abschlussbericht zum Demografie-Projekt des Landkreises, dass das Engagement unentbehrlich sei: „Ohne das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, die sich mit „ihrem Dorf“ identifizieren, hat ein Ort keine großen Zukunftschancen“ (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf 2008: 22). Die Verknüpfung von Zukunftsfähigkeit und Engagement findet sich an vielen weiteren Stellen: im Grußwort der Ehrenamts-Homepage des Landkreises (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf o. J.); im Koalitionsvertrag des Landkreises (SPD und CDU 2014); in der nationalen Engagementstrategie (Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung 2010). Auch im Bericht des WZB wird die positive Bedeutung von Engagement und Zivilgesellschaftlichkeit für Deutschland betont, denn „Diese sind bei der Erörterung der Funktions- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands in zweifacher Hinsicht bedeutsam: Zum einen geht es um die Wahrung und Sicherung des bisher Erreichten; zum anderen sind durch Innovationen und neue Lösungsansätze weitere Ressourcen und Potenziale für Wohlfahrt und gesellschaftlichen Fortschritt zu erschließen“ (Alscher et al. 2009: 10). Das Spektrum der Herausforderungen, denen sich das Engagement stellen soll, reicht dabei vom demografischen Wandel, über gesellschaftliche Integration, Gewährleistung fairer Bildungschancen bis zum Umwelt- Natur- und Klimaschutz (Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung 2010: 2).

Interessant sind in diesem Zusammenhang zwei Metaphern, die für das Engagement benutzt werden: Zum einen wird bürgerschaftliches Engagement als „Säule" (SPD und CDU 2014: 14), zum anderen als „Motor" (Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung 2010: 4) bezeichnet. Während die Säulen-Metaphorik impliziert, dass das bürgerschaftliche Engagement etwas Stabiles, Tragendes, Verlässliches ist, enthält das Bild vom Motor eine dynamische Dimension: Ein Motor bewirkt Bewegung. Dies ist gekoppelt mit einem Qualitätsaspekt, denn im Autoland Deutschland ist man stolz auf seine Motoren, die gut geölt zum Wohlstand beitragen. Die positive Konnotation der Metaphern verbindet sich somit mit dem bürgerschaftlichen Engagement als Ursprung sozialer Innovation.

Dabei wird durchaus ein Bogen zu der Tradition des Engagements geknüpft. In der Nationalen Engagementstrategie wird darauf verwiesen, dass „Vielfach ... Engagement von Einzelnen am Anfang der Tätigkeit vieler der in Deutschland traditionsreichen Verbände [stand] und deren Fähigkeit, zukunftsweisende Lösungen zu entwickeln, bis heute [prägt]" (Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung 2010: 4). Auch in Mardorf erinnert das Schwesternhaus einerseits an das Ende der kirchlichen Tradition, symbolisiert aber gleichzeitig auch die Kontinuität des karitativen Gedankens, denn das Projekt wird bewusst in eine über 110-jährige gemeinnützige Tradition eingereiht (BH_17.06.11).

**„Zu Hause wohnen bleiben" in Zeiten des demografischen Wandels**

Die Erzählung vom Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements wird durch drei spezifische Argumentationsketten verstärkt. Die erste nimmt ihren Ausgangspunkt in der Feststellung, dass alte Menschen sich wünschen, auch bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu Hause wohnen bleiben zu können -> allerdings sei die häusliche Pflege durch die demografischen Veränderungen in Gefahr -> daher müssten die pflegenden Angehörigen durch bürgerschaftliches Engagement entlastet werden. In diesen Dreischritt ist mehr oder weniger implizit ein finanzielles Argument eingewoben, das an das Bedrohungsszenario des demografischen Wandels anknüpft: Der demografische Wandel überfordere das staatliche System -> man dürfe zukünftigen Generationen nicht zur Last fallen -> daher müsse die weniger kostenintensive häusliche Pflege durch bürgerschaftliches Engagement gesichert werden. Die dritte Argumentationskette schließlich beginnt bei den freiwillig Engagierten und lautet: Die Bürger, insbesondere die jungen Alten, brauchen eine Aufgabe -> bürgerschaftliches Engagement ist sinnstiftend -> Menschen, die sich engagieren, profitieren für ihr eigenes Wohlbefinden. Dem bürgerschaftlichen Engagement in der Altenhilfe werden dadurch mehrere Funktionen zugeschrieben: Es erfüllt sowohl den Wunsch der alten Menschen, zu Hause leben und alt werden zu können, als auch das Bedürfnis der Engagierten eine sinnvolle Aufgabe zu haben, und es gibt gleichzeitig eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Bürgerschaftliches Engagement wird damit für erforderlich *und* erstrebenswert erklärt. Im Folgenden sollen diese Argumentationen näher untersucht werden:

Die Erzählung vom „zu Hause wohnen bleiben können" verbindet das Objekt der „eigenen vier Wände" (CDU 2011: 11) mit der Institution der „Heimat" bzw. der „vertrauten Umgebung" und der Wissensordnung der „Selbstständigkeit". Dies geschieht in bewusster Abgrenzung gegenüber der Institution des „Pflege- oder Seniorenheims". So heißt es in der OP: „Oftmals sind es alltägliche Aufgaben, die Senioren nicht mehr erledigen können. Daraus resultiert, dass sie ihre Selbstständigkeit aufgeben und ins Altersheim ziehen müssen." „Wenn es ein entsprechendes Angebot geben würde, hätten diese Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen", sagt Bürgermeister Michael Richter-Plettenberg (OP_13.04.12). Die

Bürgerhilfe macht sich diese Zielsetzung zu eigen und formuliert in ihrem Flyer: „Die Bürgerhilfe ist da für … kranke und behinderte Menschen, damit sie so lange als möglich zu Hause leben können" (BH_Flyer). Zu Hause wohnen bleiben wird damit zum Signifikant für ein gutes, erstrebenswertes Altern. Es ist ein Wunsch, auf den sich alle einigen können, gerade auch weil sich die verschiedensten Lebenskonzepte unter ihm vereinigen lassen. In den Wahlprogrammen aller größeren Parteien zur Kreistagswahl 2011 (SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE) wird die Forderung, den Verbleib in der Häuslichkeit zu sichern, aufgegriffen. Bündnis 90/Die Grünen (2011: 17) sprechen dabei von einem Recht auf Selbstbestimmung, das bei Pflegebedürftigkeit „vordringliches Prinzip der Organisation von Pflege und Hilfen" sein soll und bezeichnen es als „menschenunwürdig", „wenn alte Menschen ihrem Wunsch nach möglichst langem Leben in der eigenen Wohnung kaum nachkommen können, da das Angebot der Hilfen sich zu stark auf stationäre Bereiche beschränkt" (Bündnis 90/Die Grünen 2011: 17). DIE LINKE sieht die „Wahlfreiheit der Lebens- und Betätigungsformen auch für Senioren als existenzielles Grundrecht an, für dessen Realisierung die Kommunalpolitik die erforderlichen Rahmenbedingungen gestalten muss" (DIE LINKE 2011: 10). Damit stellt das zu Hause wohnen bleiben ein flexibles Begründungsmuster für das bürgerschaftliche Engagement dar, das auch den Helfern die Möglichkeit der Identifikation bietet, entspricht doch das zu Hause leben können ihrem eigenen Wunsch an das Alter. So zitiert die OP eine Helferin: „Das macht mir Mut, älter zu werden – auch auf dem Land" (OP_19.02.14).

Das bürgerschaftliche Engagement wird dabei mit einer spezifischen Motivlage seitens der Bürger verbunden. Jeder leide unter einem „Helfenssyndrom" (OP_19.02.14) bzw. sei „helfensbedürftig" (OP_04.07.13). Gemeint ist: „Gerade im dritten Lebensalter hat man 24 Stunden am Tag Zeit, nur sich selbst Gutes zu tun – das hält kein Schwein aus, das ist medizinisch unmöglich", so Dörner. Aber wenn man einen Teil dieser überschüssigen Zeit als soziale Zeit abgebe, dann „bleibe ich im Gleichgewicht" (OP_04.07.13). Engagement bekommt damit eine gesundheitsförderliche Komponente (OP_07.11.14) und wird darüber hinaus mit dem eigenen Glück und Zufriedenheit verbunden. So heißt es im Grußwort der offiziellen Homepage der Ehrenamtsförderung des Landkreises: „Ehrenamtliche Tätigkeit schafft aber auch neue Perspektiven und Horizonte für das eigene Leben, Erfahrung und Zufriedenheit sowie ein Gefühl der Zusammengehörigkeit durch Kontakte und Geselligkeit" (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf o. J.).

Neben dieser Verknüpfung von Engagement mit den Wünschen der Hilfs- und Pflegebedürftigen und den Bedürfnissen der Freiwilligen wird aber auch ein finanzieller Aspekt hervorgehoben. Angesichts demografischer Veränderungen bestehe die Gefahr, nachfolgende Generationen über Gebühr zu belasten. In der bereits oben zitierten Stelle des Wahlprogramms des Bündnis 90/Die Grünen (2011: 17) heißt es daher in einem Atemzug: Wenn alte Menschen ihrem Wunsch zu Hause wohnen zu bleiben, nicht nachkommen können, „ist das nicht nur menschenunwürdig, sondern auch kaum zu finanzieren."

Die strategische Antwort auf diese Problematik ist die durch das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz propagierte Stärkung der häuslichen Pflege und die Entlastung der pflegenden Angehörigen. In der Gesetzesbegründung heißt es: „Handlungsbedarf zur Stärkung der häuslichen Pflege besteht insbesondere auch mit Blick auf die künftige demografische Entwicklung, die durch steigende Lebenserwartung und Zunahme des Anteils der über 65-Jährigen und insbesondere auch der Hochbetagten an der Wohnbevölkerung gekennzeichnet ist. (…) Diese gesellschaftlichen Entwicklungen erschweren die häusliche Pflege und verstärken damit die Notwendigkeit, rechtzeitig und ausreichend bedarfsorientierte Hilfean-

gebote für Demenzkranke zur Stärkung und Förderung der häuslichen Pflege zu schaffen, um eine frühzeitige Inanspruchnahme vollstationärer Pflege zu vermeiden. Es müssen Pflegearrangements entwickelt werden, die Demenz in ihren Auswirkungen für die Betroffenen und ihre pflegenden Angehörigen sowie die professionellen Pflegekräfte erträglicher macht“ (BT-Drucksache 14/6949 2001: 9). Ein wesentlicher Baustein solcher „erträglicher“ Pflegearrangements sind niedrigschwellige Betreuungsdienste, die mit dem Gesetz erstmals in großem Umfang finanziell gefördert werden.

**Koproduktion von Staat und bürgerschaftlichem Engagement**

Durch die Bedeutung, die dem bürgerschaftlichen Engagement als Potenzial zugewiesen wird, verändert sich das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern. In den wissenschaftlichen Spezialdiskursen wird dies unter dem Stichwort der Koproduktion behandelt: „Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft zeichnet sich durch einen Trend in Richtung Koproduktion von Staatlichkeit aus. Die Elemente von Staatlichkeit – Entscheidungskompetenz, Organisationskompetenz und Letztverantwortung – verbleiben dabei nicht mehr ausschließlich beim Staat, sondern gehen teilweise an private Akteure über, zu denen auch die Zivilgesellschaft gehört. Privatisierung und Koproduktion sind Formen der Produktion von öffentlichen Gütern, für die der Staat zwar die Letztverantwortung übernimmt, die Herstellung aber in die Organisationskompetenz der Zivilgesellschaft gibt“ (Alscher et al. 2009: 14). In Mardorf wird daher die Projektmoderation zwar mit kommunalen Mitteln gefördert, durchgeführt aber wird sie von einem projekterfahrenen Bürger aus dem Dorf. Der Gedanke der Koproduktion ist dabei von Erwartungen auf beiden Seiten geprägt: So wird einerseits von der Stabsstelle Altenhilfe eine Sensibilisierung „in Richtung Verantwortungsübernahme“ gefordert, um „dieses Denken, der Staat wird es schon richten, wenn ich mal alt bin oder wenn meine Eltern mal alt sind und pflegebedürftig, das mal aufzubrechen“ (MvK_RS_26.03.15); umgekehrt aber sieht auch der Bürgerverein die Kommune in der Pflicht, da man „Pionierarbeit“ leiste und die Kommune sich nicht „entziehen“ könne (OP_07.07.14).

Eng verbunden mit der Wissensordnung der Koproduktion ist die Institution der Pflegegesetzgebung. § 8 Abs. 1 SGB XI definiert die pflegerische Versorgung der Bevölkerung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Länder, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen „unterstützen und fördern darüber hinaus die Bereitschaft zu einer humanen Pflege und Betreuung durch hauptberufliche und ehrenamtliche Pflegekräfte sowie durch Angehörige, Nachbarn und Selbsthilfegruppen und wirken so auf eine neue Kultur des Helfens und der mitmenschlichen Zuwendung hin“ (§ 8 Abs. 2). Hier wird den Bürgern unmissverständlich eine Mitverantwortung zugewiesen. Der Staat sieht sich dabei vor allem in der Rolle zu aktivieren und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen (BT-Drucksache 14/6949 2001: 11). Eine besondere Bedeutung spielen dabei Auszeichnungen oder andere Anerkennungsformen gegenüber engagierten Bürgern. Institutionen wie der Demografiepreis des Landes Hessen oder die Ehrenamtscard sind Ausdruck einer Kultur, in der bewusst das Engagement aus dem Verborgenen herausgeholt wird und nicht mehr als selbstverständlich hingenommen werden soll (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf o. J.). Mit dem Demografiepreis zeichnet die Hessische Staatskanzlei daher „Projekte und Initiativen aus, die mit Phantasie und Mut die Herausforderungen unserer Zeit annehmen und anderen ein gutes Beispiel geben“ (Hessische Staatskanzlei o. J.). Dieser Aspekt, Vorbild zu sein und sein zu wollen, wird uns auch in der story line „Mardorf als Leuchtturm“ noch begegnen.

**Zwischen Selbstbestimmung und Instrumentalisierung**

An dieser Stelle muss jedoch auch auf einen Bruch in der Erzählung vom bürgerschaftlichen Engagement als Potenzial hingewiesen werden. Denn im Rahmen der Koproduktion mit der Erwartung konfrontiert, Lösungen für gesellschaftliche Probleme bereitzustellen, gerät das Engagement in ein Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmtheit und Instrumentalisierung.

Einerseits wird das Urwüchsige betont, das Ungestüme, das die Quelle der bürgerschaftlichen Innovationskraft ausmacht, andererseits erhält die Zivilgesellschaft einen verantwortungsvollen Versorgungsauftrag zugewiesen. So warnen Alscher et al. (2009: 15) davor, dass die Zivilgesellschaft nicht zu einem Instrument des Staates werden dürfe, denn „Zivilgesellschaftliche Organisationen können dann bürokratischen Strukturen unterworfen und zu sog. Vorfeldorganisationen des Staates, einzelner Ministerien und anderer staatlicher Einrichtungen werden." In der politischen Rede wird der Konflikt offen angesprochen, jedoch dann dahingehend aufgelöst, dass die viel gelobte Innovationsfähigkeit des bürgerschaftlichen Engagements immer als eine Innovation zu einem bestimmten Zweck gedacht wird. So stellt die Nationale Engagementstrategie fest: „Bei aller Individualität und Selbstbestimmtheit des bürgerschaftlichen Engagements steht es nicht losgelöst von den politischen Aufgaben unserer Zeit. Im Gegenteil: Die Bürgerinnen und Bürger leisten mit ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewältigung dieser Aufgaben und zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand für alle" (Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung 2010: 2).

In dem lokalen Dispositiv in Mardorf wird dieses Spannungsfeld ebenfalls sichtbar. Der Landkreis stellt fest: „Ehrenamtliche Tätigkeit ist kein Ersatz für hauptberufliche Aufgaben sozialer Fachkräfte und keine stille Korrektur sozialpolitischer Fehlentwicklungen. Sie ist ein eigenständiges und selbstbestimmtes Betätigungsfeld: bürgernah, unbürokratisch und für die Beteiligten unmittelbar erfahrbar" (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf 2008: 57). Ausdruck dieser Freiheitlichkeit des Mardorfer Engagements ist die Leere des Schwesternhauses zu Beginn der Tätigkeit. Das Haus ist Symbol der umfassenden Veränderungsfreiheit, die den Bürgern bei der Gestaltung ihres Projektes offenstand, denn mit Ausnahme der Grundmauern war nichts vorgegeben. In der Gründungsphase des Vereins erstellten die Bürger detaillierte Pläne, wie die einzelnen Stockwerke zu einer Begegnungsstätte, betreuten Wohngruppe oder kleinen Eigentumswohnungen umgebaut werden können. Sie waren dabei (zumindest zunächst) nicht an finanziellen oder sachlichen Rationalitäten, sondern am Wünschenswerten orientiert. Dennoch war auch zu Beginn nicht alles offen. Eine finanzielle Förderung nach § 45c SGB XI ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. So müssen Schulungen organisiert, eine fachlich qualifizierte Koordination von Helfern und Hilfesuchenden sichergestellt oder ein Finanzierungsmodell mit Aufwandsentschädigungen für die Freiwilligen gestaltet werden. Diese Anforderungen strukturierten das Projekt vor und lenkten es in eine bestimmte Richtung. Wie wir sehen werden, machen die Bürger die Anforderungen dabei zu ihrer eigenen Sache: Sie legitimieren die Schulung, die ihnen von außen auferlegt wird, als sinnvoll und identifizieren sich damit. Auch bezogen auf das Haus findet der Gestaltungsspielraum sein Pendant in der ausgesprochenen und unausgesprochenen Erwartung des Vereins an seine Mitbürger sich *einzubringen*. Sinnbild hierfür ist die Idee, das Haus in Eigenregie mit Hilfe der im Dorf ansässigen Handwerker zu renovieren.

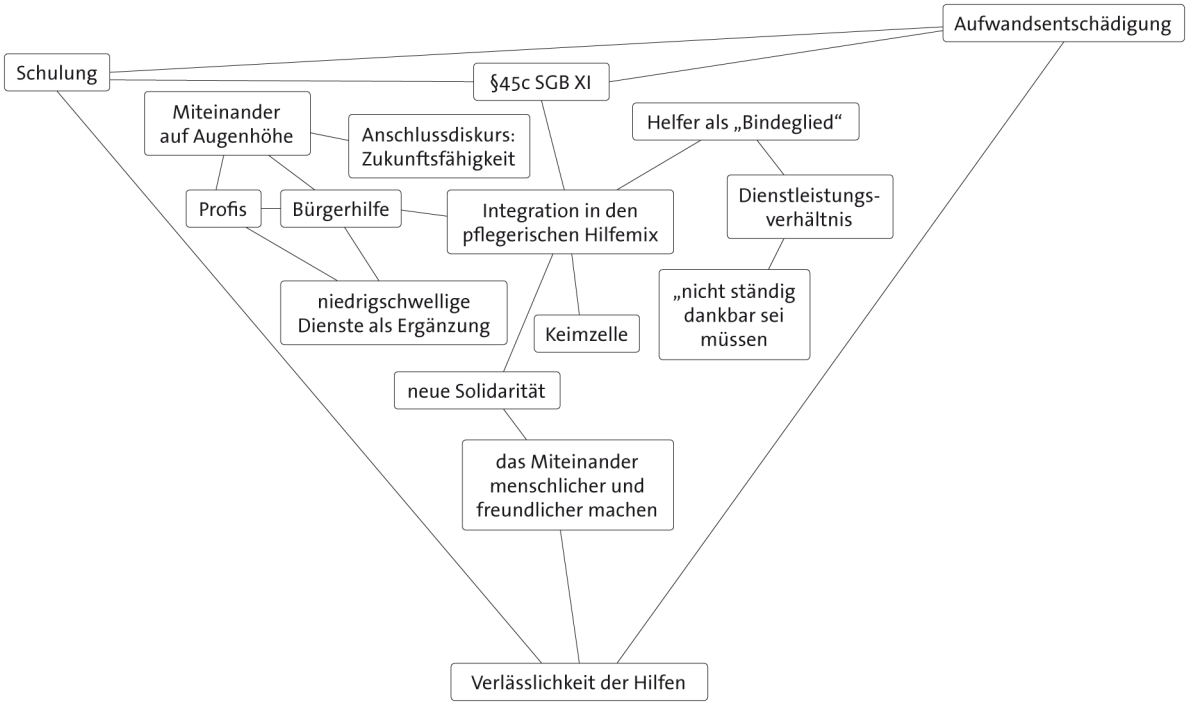
Der Widerspruch, der in vereinzelten Aussagen zwischen der Selbstbestimmtheit des Engagements und seiner Instrumentalisierung als Realisierer wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben aufblitzt, wird damit überwiegend wieder zugedeckt. Die Erzählung vom bürgerschaftlichen Potenzial ruft vorrangig das Engagement als erforderliche, erstrebenswerte und vom Staat zu fördernde Strategie auf, die geeignet sei, auf die Herausforderungen einer durch die demografischen Veränderungen „bedrohten" häuslichen Pflege zu antworten.

## 5.2 Mardorf als Leuchtturm

Die zweite für das Engagement in Mardorf zentrale story line, der ich in dieser Arbeit nachgehe, ist die Erzählung von Mardorf als „leuchtendem Beispiel" (OP_04.07.13). Der Gebrauch dieser spezifischen Beschreibung belegt, dass der Bürgerhilfe eine besondere Vorbildfunktion zugesprochen wird. So wird regelmäßig Mardorf als Beispiel zitiert, wenn die OP über vergleichbare Projekte berichtet (OP_19.10.12; OP_28.01.13; OP_29.01.13; OP_13.09.13; OP_17.02.14). Auch seitens der Stabsstelle Altenhilfe wird auf die „Erfolgsfaktoren" des Projekts in Mardorf Bezug genommen (RS_29.10.14). Und schließlich erhält die Bürgerhilfe quasi per Gesetz einen Vorbildcharakter, da sie nach § 45c SGB XI finanziert wird und damit das Label „Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen" trägt (§ 45c Abs. 1 SGB XI).

Mit welchen Faktoren wird nun dieser Vorbildcharakter begründet? Der Diskurs verweist auf verschiedene Kennzeichen, genannt werden soll hier vor allem die Trias Schulung – Aufwandsentschädigung – Verlässlichkeit. In der Idee von Mardorf als Leuchtturm verbinden sich diese Institutionen und Wissensordnungen zu einem Erfolgsrezept, bei dem alle gewinnen sollen: Hilfesuchende, Helferinnen und Helfer, die Kommune, die Pflegekasse, der Landkreis. Das bürgerschaftliche Engagement wird auf diese Weise zum Teil eines Gesamtsystems – dem pflegerischen Hilfemix – im Rahmen dessen ihm eine zentrale Funktion zugewiesen wird. Doch vollständig wird die story line erst durch das Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger zu dieser Aufgabe. So soll abschließend darauf eingegangen werden, wie die Idee der bürgerschaftlichen Altenhilfe zu einer Mission wird. Vorausgeschickt sei zunächst wieder eine Übersicht über die Elemente der entsprechenden multidimensionalen (Teil-)Ordnung und ihre Beziehungen (siehe Abbildung 4).

**Abbildung 4 Dispositive Ordnung "Mardorf als Leuchtturm"**




*Quelle: Eigene Darstellung.*

**Schulung + Aufwandsentschädigung = Verlässlichkeit der Hilfen**

Die Erzählung von Mardorf als Leuchtturm entfaltet ihre Idee, indem sie zwei spezifische Institutionen – die *Schulung* und die *Aufwandsentschädigung* – verknüpft mit der Idee der *Verlässlichkeit* der angebotenen Hilfe. Diese Verbindung wird in dem folgenden Interviewabschnitt mit der Leiterin der Stabsstelle Altenhilfe deutlich: „Wobei ich auch zugegebenermaßen sagen muss, wenn jemand gar nichts kriegt und sagt ehrenamtlich, ich mache alles ehrenamtlich und sieht, dass die Nachbarin da hingeht und kriegt 8 Euro oder so, macht das vielleicht auch irgendwie Stimmung. Aber jeder ist ja dann auch, kann ja auch sagen, also, da lasse ich mich auch schulen und dann gehe ich auch in die Verpflichtung, dass ich meinetwegen montags, mittwochs, freitags, von acht bis zehn im Haushalt xy dann auf der Matte stehe, ne? Zuverlässig, zurechenbar“ (MvK_RS_26.03.15). In dieser Aussage werden die Schulung der Helferinnen und Helfer einerseits und ihre Aufwandsentschädigung andererseits verknüpft zu einer Gleichung, deren Ergebnis die Verlässlichkeit ist. Letztere meint dabei nicht nur eine Nachhaltigkeit auf personeller, sondern vor allem auch auf struktureller Ebene (RS_29.10.14). Sie zu erreichen ist Anliegen der Bürgerhilfe seit ihrer Gründung. In der Projektbeschreibung heißt es: „Durch den Aufbau professioneller Angebote in Verbindung mit bürgerschaftlich getragenen Hilfen soll eine zuverlässige, umfassende und tragfähige Versorgungsstruktur für hilfe- und pflegebedürftige Menschen in Mardorf und Umgebung aufgebaut werden“ (BH_20.06.11). Die Hilfen werden dazu unterteilt in kostenfreie „Hilfs- und Betreuungsangebote“, die angeboten werden, „wenn Zeit ist“ und in „verlässliche Dienstleistungen“, also „Aufgaben, die die Bürgerhilfe verbindlich erfüllen wird“ und für die eine Aufwandsentschädigung zu bezahlen ist (OP_12.11.12). Verlässlichkeit wird damit abhängig gemacht von einem Dienstleistungsverhältnis zwischen Hilfesuchendem und Helferin oder Helfer. Allerdings sei dies nicht nur ein Vorteil für Letztere,

auch die Klienten profitierten: „Zum einen sei ein Entgelt für regelmäßige Dienste nur fair, zum anderen mache es vieles einfacher – sowohl für Helfer als auch für die Empfänger, da so nicht das Gefühl aufkommen müsse, ständig dankbar zu sein“ (OP_29.01.13).

Im wissenschaftlichen Diskurs ist in den letzten Jahren eine intensive Debatte um die Professionalisierung des Ehrenamts geführt worden. Dies betrifft insbesondere seine Monetarisierung: Es wird befürchtet, dass durch die Höhe der Aufwandsentschädigungen, die in der organisierten Nachbarschaftshilfe gezahlt werden, das Engagement in den Niedriglohnsektor übergeht (Alscher et al. 2009: 137): „Das Thema Unentgeltlichkeit des Engagements verdient eine stärkere Beachtung, da sich in den letzten Jahren Entgrenzungserscheinungen bemerkbar gemacht haben. Sie betreffen zum einen den Übergang zur Erwerbsarbeit und – damit zusammenhängend – zum anderen die Monetarisierung des Engagements.“ „Aufwandsentschädigungen und geringe Entgelte für bestimmte Tätigkeiten können zwar Anreize schaffen, gleichzeitig aber zur schleichenden Herausbildung von Niedriglohnsektoren führen“ (Alscher et al. 2009: 146). Auch hinsichtlich des Themas Qualifizierung, das grundsätzlich als wichtig angesehen wird, werden Warnungen ausgesprochen: „Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Professionalisierungsmaßnahmen nicht zu einer Verberuflichung, d. h. nicht zu einer Überforderung der Engagierten führen dürfen“ (Alscher et al. 2009: 134).

Der örtliche Diskurs in Mardorf greift diese Risiken für das bürgerschaftliche Engagement nur eingeschränkt auf. Unter Berufung auf Klaus Dörner wird das Engagement zur legitimen Möglichkeit des Zuverdiensts erklärt, ja eine Semi-Professionalität der Helferinnen und Helfer als erstrebenswert hervorgehoben (RS_29.10.14). Diese Semi-Professionalität zeichnet sich – in bewusster Abgrenzung zur Selbsthilfe bzw. dem freiwilligen Engagement einerseits und den professionellen Hilfen andererseits – laut der Stabsstelle Altenhilfe durch folgende Kriterien aus: geschulte und durch eine Koordinierungskraft begleitete Helfer; freiwilliges Engagement mit Aufwandsentschädigung; Qualitätsstandards in Selbstorganisation; mittlerer Institutionalisierungsgrad ausgezeichnet durch strukturelle Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit sowie teilweise Refinanzierung der Hilfen (RS_29.10.14).

Diese Charakterisierung zeigt, dass und wie gesetzliche Auflagen in den lokalen Diskurs eingespeist werden. So ist die Qualifizierung der Helferinnen und Helfer zwar zunächst eine durch § 45c SGB XI vorgegebene Notwendigkeit, weil die landesrechtliche Anerkennung der Bürgerhilfe von dem Vorliegen eines Schulungskonzepts abhängt. Aber es ist auch zu beobachten, wie schon früh diese gesetzliche Auflage von den Bürgerhelferinnen und -helfern transformiert wird in ein Bekenntnis zu ihrer Sinnhaftigkeit. Die Institutionen „Schulung“, „professionelle Koordinierungskraft“ und „Begleitung und Fortbildung“ werden zu einem Netz verknüpft, das sowohl eine hohe Attraktivität für die angesprochenen Bürger verspricht als auch Vorteile für die hilfsbedürftigen Nutzer und ihre Angehörigen erwarten lässt. In der Einladung zur fünften Schulung heißt es: „Die Schulung ist die Grundlage für das Engagement in der Bürgerhilfe und trägt ganz nebenbei zur eigenen Wissenserweiterung bei. Wenn Sie danach als Bürgerhelfer/in tätig sind, erhalten Sie eine Aufwandsentschädigung, regelmäßige Begleitung und Fortbildungsangebote“ (BH_5.Schulung). „Erfahrungsaustausch und kostenlose Fortbildungen“ (BH_Flyer), fachliche Begleitung und Aufwandsentschädigung – diese Vorteile sollen die Helferinnen und Helfer motivieren, sich zu engagieren. Umgekehrt wird argumentiert, dass auch die Menschen, die die Angebote in Anspruch nehmen, profitieren. In der OP heißt es hier: „Als Ersatz für Pflegedienste ist das Amöneburger Projekt dabei nicht gedacht, sondern als Ergänzung. Aber natürlich ist die Ausbildung fachlich

unterlegt. *So können sich die Menschen sicher sein, dass keine Laien am Werk sind*", kommentiert Kräling (OP_12.11.12, Hervorhebung durch die Autorin).

**Integration in den pflegerischen Hilfemix**

Die Verlässlichkeit der Hilfen wiederum ist Vorbedingung dafür, dass das bürgerschaftliche Engagement als tragender Teil der Institution des *pflegerischen Hilfe-Mix* gesehen wird. Dem Pflege-Hilfe-Mix liegt eine Strategie zugrunde, die die „Lösungen für die zukünftige Versorgung hilfs- und pflegebedürftiger Personen [...] im Zusammenwirken von professionellen, familialen, informellen, bürgerschaftlichen sowie sonstigen Hilfen" (Alscher et al. 2009: 123) sucht. Nur durch solch ein „Ineinandergreifen von unterschiedlichen Akteuren, Instrumenten und Netzwerken" (Alscher et al. 2009: 11) könnten die Probleme gelöst werden: Darüber ist sich eine breite Koalition von Politik, Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaft und Experten einig.

Betont wird dabei stets, dass das bürgerschaftliche Engagement kein Ersatz für die professionelle Hilfe sei (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf 2008: 57), sondern letztere um niedrigschwellige Dienste *ergänzen* soll: „Ziel ist es, Helfer zu finden, die „niederschwellige Aufgaben" für ihre Mitmenschen erledigen - „Dienste, die Pflegedienste nicht anbieten", hebt Peter Fischer hervor, der den Arbeitskreis „Bürgerhilfe" leitet" (OP_13.04.12). Welche Funktion wird der Bürgerhilfe damit zugewiesen? Die Stabsstelle Altenhilfe führt die Ausgangsbedingungen, Anforderungen und Aufgaben der verschiedenen Hilfesektoren zunächst in einem Pyramiden-, später dann in einem Säulen-Modell zusammen (MvK_RS_26.03.15). Die ausgebildeten Helfer werden danach als „Bindeglied" (OP_02.12.12) begriffen, das zwischen den Hilfesuchenden, ihren Angehörigen und Freunden einerseits und den professionellen Kräften andererseits bestehe. Die bürgerschaftlich Engagierten sollen also dort einspringen, wo die Angehörigen und Freunde an ihre Belastungsgrenzen und die Profis an ihre Finanzierungsgrenzen kommen. Dennoch werden die Helferinnen und Helfer nicht in einem Unterordnungsverhältnis gesehen: Vielmehr reklamiert die Leiterin der Stabsstelle Altenhilfe für das Verhältnis von Professionellen und bürgerschaftlich Engagierten ein Miteinander auf Augenhöhe: „Also mein Ziel ist es eigentlich, so etwas wie das Bewusstsein erst mal zu entwickeln, dass man auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch und ins Geschäft kommen sollte, um möglichst alle Bedürfnisse dann auch reflektieren zu können" (MvK_RS_26.03.15). Diese Gleichwertigkeit von Engagierten und Professionellen wird auch deutlich, wenn Dörner (2008) von einem „Bürger-Profi-Mix" spricht und dabei vor Augen hat, dass „das Bürgerteilsystem (...) dem professionellen Teilsystem einen Teil des Helfens weg- und damit wieder zu sich zurücknimmt." Die engagierten Bürgerinnen und Bürger wiederum beschreiben sich selbst als „Kooperationspartner" und verlangen in diesem Rahmen selbstbewusst einen Informationsaustausch mit den ambulanten Pflegediensten (OP_13.04.12).

Dieser Anspruch, ernst genommen zu werden, begründet sich dabei auch in der Bedeutung, der dem bürgerschaftlichen Engagement im Rahmen des Zukunftsfähigkeitsdiskurses (s. o.) zugewiesen wird. Nicht übersehen werden darf dabei jedoch, dass sich die Helferinnen und Helfer durch diese Bestimmung und Abgrenzung der eigenen Rolle gleichzeitig in das Hilfesystem integrieren, da sie *innerhalb* der Versorgungslogik bleiben. Dies wird nicht zuletzt sichtbar daran, dass die Bürgerhilfe damit wirbt, ihre Leistungen seien mit den Pflegekassen abrechenbar (BH_Flyer). Die engagierten Mardorfer Helferinnen

und Helfer werden so Teil eines Versorgungssystems – eines Versorgungssystems, das für sich beansprucht alternativlos zu sein.

**„Etwas Großes entstehen lassen“**

Die hier beschriebene story line vom Vorbild Mardorf wird dadurch bestärkt, dass sie von dem Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger getragen wird, für die eigene Gemeinde und darüber hinaus einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Man kann von einem Sendungsbewusstsein sprechen, das aus zwei Wünschen genährt wird: erstens der Hoffnung, im Dorf eine neue Solidarität und Verbundenheit entstehen zu lassen und zweitens dem Bedürfnis, die Idee der Bürgerhilfe in andere Gemeinden weiterzutragen. „Es ist unsere Chance, etwas Großes entstehen zu lassen und es wäre schade, wenn wir es nicht schaffen würden“, fasste Hof [Projektmoderator Mardorf, Anmerkung Autorin] zusammen und betonte, es liege jetzt an den Mitgliedern, „das Wagnis einzugehen“ (OP_21.11.11).

Über die soziale Integrationskraft von bürgerschaftlichem Engagement besteht weitreichende Einigkeit. „Bürgerschaftliches Engagement besitzt demzufolge spezielle Fähigkeiten, um die im Zuge von Modernisierungsprozessen zunehmende Individualisierung und die damit häufig entstehenden Bindungsverluste zu traditionellen Bereichen wie Familie und Arbeit auffangen und ausgleichen zu können (Beck 1996: 206). Es ist demnach Produzent des sozialen Kitts bzw. sozialen Zusammenhalts zum Ausgleich der schwächer werdenden oder verlorengehenden Bindungen (vgl. Kistler et al. 2002)“ (Alscher et al. 2009: 17). Der Landkreis spricht in diesem Zusammenhang von einem „positiven Wir-Gefühl“, das gerade angesichts von Mittelknappheit der öffentlichen Hand ohne das bürgerschaftliche Engagement nicht entstehen könne (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf 2008: 22). Die Bürgerhilfe ihrerseits reicht den Appell an die Bürgerinnen und Bürger weiter: „Deshalb suchen wir Sie! Menschen, denen es Freude macht, das Miteinander menschlicher und freundlicher zu machen“ (BH_Einladung Workshop). Ausdruck dieses Miteinanders ist u. a. die Institution des Mittagstischs in Mardorf und Roßdorf, bei denen es nicht nur um das Essen geht: „Wichtig sind auch der Austausch untereinander, die Geselligkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Mittagstische haben sich zu echten Treffpunkten entwickelt, in denen die Gäste das Dorf- beziehungsweise Gemeindeleben pflegen“ (OP_19.02.14). Entsprechend dem Vorbild des Modellprojekts in Eichstetten schließlich, über das sich die Mardorfer genau informiert haben, wird angestrebt, dass jeder Haushalt im Dorf Mitglied im Bürgerverein wird. „Das sollte selbstverständlich sein“ (OP_07.07.14).

Bereits ein Jahr nach der Gründung der Bürgerhilfe zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger überzeugt, dass das „zarte Pflänzchen“ wachsen wird (OP_12.11.12). Aber nicht nur die Helferinnen und Helfer, sondern auch die Politik wünscht sich eine Weiterentwicklung: „Die abgeschlossene Ausbildung der ersten 16 Alltagsbegleiter soll erst der Anfang sein. Sowohl die Dozenten als auch die politisch Verantwortlichen setzen auf weitere Engagierte und einen bald folgenden neuen Ausbildungskurs“ (OP_02.12.12). Tatsächlich ist inzwischen bereits die fünfte Schulung angelaufen. Mardorf begreift sich damit als „Keimzelle“ (OP_13.04.12), d. h. die Bürgerinnen und Bürger haben das Ziel, die Idee der Bürgerhilfe in andere Gemeinden weiterzutragen. Wie der Bürgermeister Richter-Plettenberg betont: „Die Leute, die mit waren [in Eichstetten, Anmerkung Autorin], die haben Feuer gefangen“ (MvK_RP_15.05.13).

# 6 Das engagierte Selbst

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt das Dispositiv des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf dargestellt wurde, werde ich nun die sich daraus ergebende Subjektivierungsfigur herausarbeiten. Das engagierte Selbst, das dabei zutage tritt, konkretisiert sich als Verbindung der verschiedenen Deutungsschemata, normativen Anforderungen und institutionellen Arrangements (Bröckling 2007: 7), die in den beiden story lines aufgezeigt werden konnten. Ihm zugrunde liegen drei verschiedene, aber sich ergänzende Rationalitäten: Das engagierte Selbst als semi-professionelles, als verantwortungsvolles und als unternehmerisches Selbst. Bei dieser Analyse wird auch auf die verschiedenen (Selbst-)technologien einzugehen sein, die die in Mardorf gültige Subjektivierungsfigur konstituieren. Anschließend möchte ich den Begriff der Gouvernementalität wieder aufgreifen. Gouvernementalität wurde in Abschnitt 2.1 als historisches und methodologisches Prinzip beschrieben und bezieht sich hier auf die neoliberale Gouvernementalität und ihre eigene Weise der Menschenführung. Die Darstellung des engagierten Selbst soll daher durch eine Betrachtung über seine historische Bedingtheit abgeschlossen werden.

## 6.1 Dreifache Rationalität

Zunächst soll die Rationalität, die das engagierte Selbst durchzieht, näher betrachtet werden. Wie Bröckling (2007: 46 ff.) hervorhebt, ist eine Subjektivierungsfigur weder eine empirisch beobachtbare Entität noch ein Idealtypus im Sinne Max Webers, „sondern die Weise, in der Individuen als Personen adressiert werden, und zugleich die Richtung, in der sie verändert werden und sich verändern sollen." Dies geschieht, indem bestimmte Selbstbilder aufgerufen und legitimiert und zugleich andere ausgeschlossen werden (Bröckling/Krasmann 2010: 29). Solche Selbstbilder finden sich über beide story lines verstreut, besonders konzentriert liegen sie in Gestalt des offiziellen Flyers der Bürgerhilfe vor. Dabei können, wenn auch nicht immer trennscharf, drei Rationalitäten unterteilt werden. Die erste möchte ich als semi-professionelles Selbst bezeichnen: In dem Flyer werden die Bürgerhelferinnen und -helfer als zugleich empathische, zeitlich flexible, (geringfügig) bezahlte, fachlich vorgebildete, professionell begleitete sowie an rechtliche Grundsätze gebundene Subjekte ausgewiesen. Sie werden damit adressiert als Helferinnen oder Helfer, die mehr sind als fürsorgliche Nachbarn und pflegende Angehörige: Sie verfügen darüber hinaus über einen gewissen (aber eben auch nur einen gewissen und damit „nur" semi-professionellen) Professionalisierungsgrad. Diese Rationalität der Semi-Professionalität findet sich in beiden story lines: So lassen sich die Diskurse sowohl um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands als auch um das Prinzip der Koproduktion im SGB XI oder um die Widersprüchlichkeit der Position des Engagements zwischen Selbstbestimmung und Instrumentalisierung nur verstehen, wenn das Engagement als verlässliches Element konzipiert wird. Verlässlich und damit kalkulierbar ist das Engagement aber nur, wenn es in seiner Struktur und Ausgestaltung eine bestimmte Professionalisierung erreicht. Insbesondere in der Rede vom Pflegemix, in dem die Helferinnen und Helfer als wesentliches Bindeglied zwischen Professionellen und Betroffenen bzw. ihren Angehörigen betrachtet werden, tritt dieses Selbst daher zum Vorschein.

Die zweite Ratio, die dem engagierten Selbst zugrunde liegt, ist die des verantwortungsvollen Selbst. Dieses Selbstbild findet sich im Flyer weniger ausdrücklich als das semi-professionelle Selbst, aber es

liegt implizit der Logik des Engagements zugrunde: Denn sich engagieren heißt Verantwortung zu übernehmen. Wenn daher postuliert wird: „Für eine gute Zukunft … unserer Stadt!“ (BH_Flyer), dann wird damit impliziert, dass das Wohlergehen des Gemeinwesens vom Engagement der Bürger abhängt und sich daher ein guter (und damit verantwortungsvoller) Bürger einbringen muss. Diese Rationalität findet sich vor allem in der story line von der Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials, wo das engagierte Selbst als unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit von Dorf und Land bezeichnet wird. So wird im hessischen Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vereinbart, die Förderung des Ehrenamts als neues Staatsziel in die hessische Verfassung aufzunehmen, denn „das bürgerschaftliche Engagement und die Stärkung der Zivilgesellschaft sind eine gesellschaftliche Notwendigkeit zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens sowie zur Stärkung des Verantwortungsgefühls, das jeder Einzelne für seine Mitmenschen und die Zukunft unserer Gesellschaft hat“ (CDU und Bündnis 90/Die Grünen 2014:48). Aber auch im lokalen Diskurs findet sich dieses Selbstbild. So heißt es im Aufruf der Bürgerhilfe zur Teilnahme an der fünften Schulung: „Ihr Engagement in der Bürgerhilfe ist ein Weg, unseren Alltag menschlicher werden zu lassen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen“ (BH_5. Schulung). Die Menschen in Mardorf werden damit als Subjekte adressiert, die bereit sind, sich für ihr lokales Gemeinwesen einzusetzen und für den herausgeforderten Sozialstaat in die Bresche zu springen. Der sich engagierende Mensch wird eins gesetzt mit dem verantwortungsvollen Bürger.

Das dritte Selbst schließlich ist das unternehmerische Selbst. Anders als das semi-professionelle und das verantwortungsvolle Selbst wird das unternehmerische Selbst mit seiner ökonomischen Seite nicht offen so bezeichnet: Im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf ist nicht ausdrücklich von Unternehmertum die Rede. Dennoch wird eine bestimmte innere Haltung der Bürgerhelferinnen und -helfer aufgerufen: Wie ein Unternehmer sollen sie ihre Zeit frei einplanen, die kostenlosen Fortbildungen für ihre Wissenserweiterung nutzen und eine Aufwandsentschädigung erhalten. In § 45c SGB XI wird so auch von „Dienstleistungen“ gesprochen, die von niedrigschwelligen Betreuungsdiensten erbracht werden sollen – ein Stichwort, das von der Wissenschaft (Alscher et al. 2009: 147) und den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Mardorf (OP_13.04.12) aufgegriffen wird.

## 6.2 (Selbst-)technologien

Dieses dreifache Selbst ist, wie wir in Abschnitt 2 gesehen haben, immer „im Werden“ begriffen. Das heißt, es ist verbunden mit konkreten Prozeduren bzw. Technologien, durch die sich das Subjekt als semi-professionelles, verantwortungsvolles und unternehmerisches Selbst konstituiert (Saar 2013: 19). "Technologien bezeichnen […] einen Komplex von Verfahren, Instrumenten, Programmen, Kalkulationen, Maßnahmen und Apparaten, der es ermöglicht, Handlungsformen, Präferenzstrukturen und Entscheidungsprämissen von Akteuren im Hinblick auf bestimmte Ziele zu formen und zu steuern“ (Bröckling/Krasmann 2010: 27). Auf einige dieser Technologien möchte ich im Folgenden eingehen.

Eine erste Selbsttechnologie besteht in dem Unterzeichnen der „Vereinbarung für eine ehrenamtliche Tätigkeit“ (BH_Vereinbarung) zwischen der Bürgerhilfe und der Helferin oder dem Helfer. Auch wenn in diesem Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen wird, dass ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis begründet wird, so werden doch arbeitsähnliche Verpflichtungen genannt: Die Helferin oder der Helfer sollen sich bei Verhinderung frühzeitig melden, er oder sie erkennen die Verpflichtung an, sich

auch nach der Schulung fortzubilden bzw. die regelmäßigen Fallbesprechungen zu besuchen und verpflichten sich zur Verschwiegenheit; umgekehrt sind die Helferinnen und Helfer haftpflicht- und unfallversichert und haben einen Anspruch auf fachliche Begleitung. Außerdem wird die Erwartung formuliert, dass die Helferin oder der Helfer nach Besuch der Schulung mindestens ein Jahr für die ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung stehen (BH_Vereinbarung). Aber nicht nur die Inhalte des Vertrages, auch der Akt des Unterzeichnens, der eine bestimmte Form annimmt (Einladung in das Schwesternhaus, einführendes Gespräch mit der Koordinierungskraft, Aufklärung über Vertragsbestimmungen, Besprechung der Einsatzorte) adressiert den zukünftigen Helfer als semi-professionelles Subjekt: Allein das Vorhandensein einer Vereinbarung, die rechtlich sicherlich kaum durchzusetzen wäre, zeigt eine Rationalität von Verbindlichkeit, die über reine Nachbarschaftshilfe hinausgeht. Um eine Selbsttechnologie handelt es sich dabei nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Engagierten selbst diese Ordnung geben: Denn anders als bei der Schulung wird ein Vertrag mit den Bürgerhelferinnen und -helfern an keiner Stelle zur Bedingung von Förderung gemacht.

Eine ähnlich professionalisierende Wirkung geht von der Teilnahme an der Schulung aus. Ihr Besuch ist ein „zum Subjekt Werden“ innerhalb von 62 Unterrichtsstunden. Indem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich an Reflexionsrunden, Rollenspielen, Diskussionen und ähnlichem beteiligen, „lagern“ sich im Subjekt bestimmte Subjektpositionen „ab“ (Reh 2013: 189): z. B. eine spezifische Werthaltung gegenüber Menschen mit Demenzerkrankung oder bestimmte Kommunikationsmuster (dem Thema der Validation ist z. B. eine ganze Unterrichtseinheit gewidmet). Es entsteht somit eine diskursive Ordnung, unter die sich zu unterwerfen die Teilnehmer eingeladen werden. Wichtiges Element dieser Ordnung ist die Idee, sich regelmäßig fortzubilden und damit permanent an sich zu arbeiten.

Das Gegenstück zur Teilnahme an der Schulung ist die Aufwandsentschädigung. Sie ist eine Technologie, die alle drei Selbst aufruft: Indem die Helfer Stundennachweise führen und ihren Verdienst (der nur bis zu einem bestimmten Betrag steuerbefreit ist) in der Einkommenssteuererklärung angeben, folgen sie der unternehmerischen Rationalität. Indem sie zu ihrem Lebensunterhalt dazuverdienen, werden sie, wie Dörner (2008) sagt, zu einem neuen Bürgertyp des Semi-Professionellen im sozialen Bereich: „Nicht wenige Menschen sind wegen der Verknappung der Erwerbsarbeit zu ihrer finanziellen Absicherung auf einen Zweit- oder Drittjob angewiesen. Dem kommt der wachsende gesellschaftliche Hilfebedarf entgegen. Im Unterschied zu den ehrenamtlichen Helfern bisherigen Typs haben die neuen Bürgerhelfer oftmals neben einem Zuviel an freier Zeit, zugleich ein zu geringes Einkommen. Sie bilden den neuen Bürgertyp des sozialen Zuverdieners oder des Semiprofessionellen; sie geben nicht nur Zeit, sondern nehmen auch Geld.“ Und schließlich werden die Helferinnen und Helfer, indem sie eine Aufwandsentschädigung erhalten, auch dazu angehalten, ihr Engagement als etwas Verbindliches zu begreifen. Als etwas, das verlässlich und damit verantwortungsvoll ausgeübt werden muss.

## 6.3 Historisches Produkt

Dieses engagierte Selbst mit seinen spezifischen (Selbst-)technologien kann jedoch nicht ohne seinen spezifischen Kontext gedacht werden. Eine zentrale Prämisse dieser Arbeit ist vielmehr, dass die Subjekte immer historisch bedingt sind. „Subjektivierung ist ein Prozess, dessen Form und Parameter geschichtlichem Wandel unterliegen“ (Saar 2013: 21). Da es somit keine universalen Formen von Subjektivität gibt, muss die Analyse von Subjektivierung als historische Subjektgeschichte, als Genealogie be-

trieben werden (Saar 2013: 21). Diesen Anspruch kann die vorliegende Arbeit nur bedingt einlösen, ist sie doch als Gegenwartsanalyse und nicht auf die Untersuchung eines größeren Zeitrahmens angelegt. Es ist aber dennoch möglich, die gefundenen Ergebnisse in ihren historischen Kontext einzuordnen und zu fragen, wie sich das engagierte Selbst als historisches Produkt seiner Zeit verstehen lässt.

Prägend für die Gegenwart ist die neoliberale Gouvernementalität und damit die „Universalisierung des Marktmechanismus zum umfassenden regulativen Prinzip staatlicher Intervention und gesellschaftlicher Beziehungen“ (Lessenich 2003: 80). Ihren Ausdruck findet sie in der momentan gültigen Subjektivierungsform, wie ich sie in Abschnitt 2.2 skizziert habe. Ich spreche hier bewusst von der Subjektivierungsfigur im Singular: Zwar können mehrere Subjektivierungsfiguren nebeneinander koexistieren (und tun es auch), aber wie in zahlreichen Gouvernementalitätsstudien konstatiert wird, erlangt das seit den 1970er Jahren auftauchende unternehmerische Selbst zunehmend hegemoniale Bedeutung (Bührmann 2005). So teilen sich die doppelt verantwortungsbewussten Bürger (Lessenich 2013: 82), die sich in Gleichgewichtsübungen zwischen Markt, Zivilgesellschaft und aktivierendem Staat befindlichen Subjekte (Bröckling 2005), die flexiblen Menschen (Sennett 2000) oder die Mitglieder der projektbasierten Polis (Boltanski/Chiapello 2003: 147 ff.) die Perspektive von der Ökonomisierung des Sozialen. Gerade weil das unternehmerische Selbst „in unterschiedlichen Lebenswelten aufzufinden ist und dort dominant wirkt“ (Bührmann 2005), begründet es seine Vormachtstellung. Es gilt daher nun, das in dieser Arbeit herausgearbeitete engagierte mit dem hegemonialen Selbst in Beziehung zu setzen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu bestimmen.

Eine erste Übereinstimmung zwischen dem engagierten wie dem unternehmerischen Selbst besteht in der gemeinsamen Konklusion, dass der Staat an seine Leistungsgrenzen kommt und daher die Selbstmobilisierung der Bürger unverzichtbar sei. Diese Leitidee beansprucht über die Diskursgrenzen von staatlichen, wissenschaftlichen und lokalen Debatten hinweg fraglose Plausibilität. Mit fragloser Plausibilität meint Bröckling (2007: 50) „so etwas wie das historische Apriori des Denkens und Handelns.“ Er führt weiter aus: „Dass man auch anders denken und handeln könnte, gerät erst in den Blick, wenn man dieses Apriori selbst historisiert.“ Nun ist die Ratio der Solidarität nicht neu: Für lokale Gemeinschaften, also für *Sozialräume*, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen sich gegenseitig unterstützen. So gab es auch in Mardorf schon lange vor der Bürgerhilfe Nachbarschaftshilfen. Neu ist, dass das bürgerschaftliche Engagement institutionalisiert wird, dass es zu einer politischen Strategie wird. Der Appell von John F. Kennedy (1961): „Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann, sondern frage, was Du für Dein Land tun kannst“, hallt mehr als vierzig Jahre später auch in Mardorf wider. Das Engagement wird Regierungsprogramm.

Historischer Einsatzpunkt (Bröckling 2007: 50) dieser Entwicklung ist, wie wir in Abschnitt 3.1 gesehen haben, die Berufung der Enquete-Kommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 1999 durch den Deutschen Bundestag. Diese fällt in die Zeit der Kanzlerschaft Gerhard Schröder (1998-2005) und damit in eine Phase der Neubestimmung des Sozialstaats (s. dazu insbesondere das Schröder/Blair Papier zum Dritten Weg von 1999 (Schröder/Blair 1999) und die Arbeitsmarktreformgesetze der Agenda 2010). Die Anrufung des engagierten Selbst lässt sich somit als Ausdruck eines bestimmten Zeitgeistes verstehen – eines Zeitgeistes, dessen Rationalität die Aufgabe des Anspruchs auf soziale Rundumsicherung ist (Sachße 2002: 3). Denn die fraglos akzeptierte Plausibilität bleibt nicht ohne Konsequenz: Während mit Einsatz des modernen Wohlfahrtsstaates der Bürger einen Rechtsanspruch auf bestimmte

Sozialleistungen bekam, führt nun die Anrufung des engagierten Selbst dazu, dass der Hilfesuchende auf die Bereitschaft seiner Mitmenschen zum Engagement angewiesen ist. Was wir somit beobachten können, ist eine Entstaatlichung von Politik (Sachße 2002: 3).

Genau hierin besteht aber eine weitere Gemeinsamkeit der Subjektivierungsfiguren: Die von ihnen angesprochenen Bürger gestalten das Gemeinwesen „jenseits der formalen politischen Institutionen" (Sachße 2002: 3). Der Aktivbürger wie das engagierte Selbst handelt also im Zwischenraum zwischen Markt und Staat. Allerdings besteht eine Besonderheit in der Altenhilfe darin, dass niedrigschwellige Betreuungsdienste in die Pflegegesetzgebung aufgenommen sind und das Engagement damit eine staatlich definierte Funktion einnimmt: Es handelt sozusagen in staatlichem Auftrag. Dies lässt sich insbesondere bei dem semi-professionellen Selbst beobachten, denn Semi-Professionalität bedeutet, dass der Bürger verlässlich für den Staat die Aufgabenumsetzung gewährleistet, ohne dabei gänzlich den Regeln des Marktes zu unterstehen.

Nach Lessenich (2013: 82) obliegt dem engagierten Bürger eine doppelte Verantwortung: Er ist zugleich sich selbst *und* der Gesellschaft gegenüber verantwortlich; indem er die individuellen wie gesellschaftlichen Kosten seines Handelns einkalkuliert, muss er zugleich ökonomisch-rational *und* moralisch-sozial handeln. Dadurch kommt es zu einem „Übergang von der öffentlichen zur privaten Sicherheit, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement, von der Sozialversicherung zur Eigenverantwortung, von der Staatsversorgung zur Selbstsorge" (Lessenich 2013: 82). Entsprechend ermahnt das Grußwort der offiziellen Homepage der Ehrenamtsförderung des Landkreises Marburg-Biedenkopf: „Nur wer Verantwortung für sich übernimmt, kann sie auch für andere tragen" (Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf o. J.). Der Sorge um das Allgemeinwohl geht daher die Sorge um das Eigenwohl voraus. Doch das engagierte Selbst bleibt nicht bei einer Individualisierung von Risikofaktoren (wie dem Alter) stehen. Es erweitert vielmehr die „tätige Selbsthilfe, private Vorsorge, eigeninitiative Prävention" (Lessenich 2013: 83) um den Aspekt der kollektiven Verantwortung.

Diese „glückliche Verbindung" (Lessenich 2013: 82) von Handlungsorientierungen geschieht allerdings nicht von selbst. Sie ist keine Freisetzung von immer schon vorhandenen Kräften, sondern muss durch permanentes Regierungshandeln geschaffen und aktiviert werden (Bröckling 2007: 60). Das engagierte Selbst ist daher Objekt eines ganzen Politikfeldes: der Engagementförderung. Diese staatliche, aber z. B. auch durch Lotto-Gesellschaften und Stiftungen erbrachte Förderung hat das Ziel, günstige Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement herzustellen und es damit zu unterstützen. So wird auch das Engagement der Mardorfer Bürger finanziell (durch das Land Hessen und die Pflegekassen) und durch Beratungsleistungen (durch die Stabstelle Altenhilfe des Landkreises) gefördert. Dies geschieht – und hier gibt es einen direkten Bezug zu der „projektbasierten Polis" von Boltanski und Chiapello (Boltanski/Chiapello 2003: 147 ff.) – als *Projekt*förderung. Das bürgerschaftliche Engagement unterliegt damit der spezifischen Logik des Projektmanagements: So muss für die Beantragung von Fördermitteln ein vollständiger Projektantrag inklusive Finanzplan und Meilensteinen ausgefüllt werden. Das engagierte Selbst unterwirft sich damit – bevor es überhaupt tätig werden kann – einer bestimmten Rationalität und Sprache. Es folgt dabei, so kann man aus diesen Gemeinsamkeiten schließen, dem Geist des unternehmerischen Selbst und buchstabiert die in ihm enthaltenen Subjektpositionen für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements aus. Diese Nähe zu der Subjektivierungsfigur der Gegenwart weist das engagierte Selbst als Teil der neoliberalen Gouvernementalität aus.

# 7 Eine abschließende Bemerkung

Ich habe mich mit dieser Arbeit aufgemacht, das Kraftfeld des bürgerschaftlichen Engagements in Mardorf zu vermessen. Dabei ging es mir nicht darum, bürgerschaftliches Engagement in der Altenhilfe zu bewerten. Mein Anliegen war nicht zu entscheiden, ob die Bürgerhilfe sinnvoll und erforderlich ist. Stattdessen wollte ich der Frage nachgehen, wie die Menschen in Mardorf durch die programmatische Verknüpfung angerufen werden, die der Rede von den demografischen Herausforderungen des Staates und der Notwendigkeit des bürgerschaftlichen Engagements zugrunde liegt. Es ging also darum, der Konstitution der Subjekte nachzuspüren und damit der Frage, welche Subjektivierungsfigur in Mardorf wirksam wird.

Eine Vorannahme war dabei, dass das Subjekt „Schnittpunkt einer Vielzahl von Bestimmungskräften" (Saar 2013: 21) ist. Um der daraus folgenden Mehrdimensionalität des Subjektivierungsprozesses gerecht zu werden, habe ich mich methodisch für eine Dispositivanalyse entschieden, die es mir möglich gemacht hat, die Verknüpfungen der in Mardorf relevanten Wissensordnungen, Institutionen und Objekte zu untersuchen. Diese Analyse hatte dabei nicht das Ziel die „Rekonstruktion des Sprechens einzelner Akteure" in den Mittelpunkt zu rücken, sondern konzentrierte sich auf die „dispositiv strukturierten, dabei aber instabilen Bedingungen des Sprechens" (Denninger et al. 2014: 56). Es ging also darum, sich von den einzelnen Äußerungen zu lösen und stattdessen die multidimensionalen Aussagen zum Analysegegenstand zu machen. Konkret hat diese Dispositivanalyse dabei zwei story lines offengelegt. Die erste Erzählung berichtet von der Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials und stellt einen Zusammenhang zwischen dem Engagement der Helferinnen und Helfer und der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft her. Insbesondere angesichts der demografischen Herausforderungen wird die Koproduktion von Staat und Zivilgesellschaft (bei der dem Staat vorrangig die Aufgabe der Aktivierung zukommt) als eine geeignete, erforderliche und erstrebenswerte Bewältigungsstrategie verhandelt. Während es dabei im wissenschaftlichen Diskurs durchaus Hinweise auf eine gewisse Brüchigkeit dieser Argumentation gab (behandelt unter der Frage, ob das bürgerschaftliche Engagement seine Selbstbestimmung wahren kann oder ob es unzulässiger Weise instrumentalisiert wird) konnten im lokalen Diskurs keine Belege hierfür gefunden werden.

Die zweite story line berichtet von dem Modellcharakter, der dem Engagement in Mardorf zugesprochen wird. Seine Vorbildfunktion ist auf die glückliche Verbindung zurückzuführen, die die beiden Institutionen Schulung und Aufwandsentschädigung mit der Wissensordnung der Verlässlichkeit der Hilfen eingehen. Dank dieser Trias erhält das bürgerschaftliche Engagement eine verbindliche Rolle im pflegerischen Hilfemix. Die Bürgerinnen und Bürger sind dabei überzeugt davon, für ihre lokale Gemeinschaft einen wichtigen Beitrag zu leisten und begreifen sich auch über die Gemeindegrenzen hinweg als Keimzelle.

Nachdem diese beiden story lines herausgeschält waren, konnten sie nachfolgend als Steinbruch für die Gewinnung der Subjektpositionen dienen, die zusammen die Antwort auf die eingangs gestellte Forschungsfrage nach der Subjektivierungsfigur in Mardorf bilden. Es konnte gezeigt werden, dass dieser Subjektivierungsfigur eine dreifache Rationalität zugrunde liegt: Sie vereint ein semi-professionelles, ein

verantwortungsvolles und ein unternehmerisches Selbst. Als Eigenschaften des semi-professionellen Selbst werden angegeben seine Empathie, seine zeitliche Flexibilität, seine fachliche Vorbildung, seine Gebundenheit an die Schweigepflicht und die Tatsache, dass es professionell begleitet und (geringfügig) bezahlt ist. Dank dieser Eigenschaften wird ihm eine verlässliche Rolle zugeschrieben, die über das bloße Nachbarsein hinausgeht und darin besteht, ein Verbindungsglied zwischen Angehörigen, Betroffenen und Professionellen zu bilden. Sie wird ergänzt von dem verantwortungsvollen und dem unternehmerischen Selbst. Während das verantwortungsvolle Selbst an den Gemeinschaftssinn der Bürgerinnen und Bürger appelliert und an ihre Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit ihres Gemeinwesens, ruft das unternehmerische Selbst eine eher im ökonomischen Sinne geprägte Haltung auf, die sich z. B. in der Bezeichnung „Dienstleistung" widerspiegelt. Verknüpft sind diese Subjektpositionen mit bestimmten (Selbst-)technologien: z. B. der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der Bürgerhilfe, dem Besuch der Schulung oder dem Empfang einer Aufwandsentschädigung.

Das hierbei hervortretende engagierte Selbst konnte ich nun in seinen spezifisch historischen Kontext stellen: Es ist ein Produkt der Gegenwart und als solches anschlussfähig für die neoliberale Gouvernementalität. So weist es weitreichende Übereinstimmungen mit dem Geist der gegenwärtig hegemonialen Subjektivierungsfigur des unternehmerischen Selbst auf und buchstabiert die in diesem enthaltenen Subjektpositionen für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements aus. Unter anderem teilen sich das engagierte Selbst und das unternehmerische Selbst die Konklusion, dass der Sozialstaat an seine Leistungsgrenzen kommt und daher eine (Selbst-)Aktivierung der Bürger erforderlich sei. Dies entspricht dem Zeitgeist, wie er vor allem unter Gerhard Schröder als Dritter Weg in die Politik eingeführt wurde. Die derart mobilisierten Bürger engagieren sich einerseits jenseits der formalen politischen Strukturen im Zwischenraum zwischen Markt und Staat, sind aber andererseits immer doppelt verantwortlich: sich selbst und der Gesellschaft gegenüber. Ihr Handeln wird dabei zum Objekt eines ganzen Politikfeldes, der Engagementpolitik, deren vorrangiger Steuerungsmodus die *Projekt*förderung darstellt.

Die zentrale Schlussfolgerung aus diesen Ergebnissen ist, dass sich bürgerschaftliches Engagement nicht im machtfreien Raum befindet. Im Gegenteil – die Analyse auf Mikroebene, die ich in Mardorf vorgenommen habe, hat gezeigt, dass die dortigen Bürger im Mittelpunkt eines vielseitigen, aus Wissensordnungen, Institutionen und Objekten gebildeten Kraftfeldes und damit von Machtbeziehungen stehen. Diese Subjektkonstitution aber, die mit der Anrufung als engagiertes Selbst einhergeht, ist immer mit Unterwerfung verbunden (Saar 2013: 19). Es ist dabei als „List der Macht" bezeichnet worden, dass sie die Menschen nicht zum Gehorsam zwingt, sondern ihnen positive Anreize gibt, sich aus freien Stücken in einer bestimmten Weise zu verhalten und damit sich selbst zu regieren (Bröckling/Krasmann 2010: 29). Aber was folgt nun daraus? Bedeutet es, dass der engagierte Bürger nur Teil einer Farce ist? Dass er einer bloßen (Selbst-)täuschung aufsitzt? Dass er eigentlich auf raffinierte Weise unterdrückt wird? Diese Frage ist letztendlich eine nach dem Verhältnis von Subjekt und Macht bzw. von Subjekt und Freiheit. Das Konzept der diskursiven Macht nach Foucault „rekurriert auf die Strukturierung sozialer Praxis durch die Produktion von Wissen" (Wrana et al. 2014: 253), d. h. Diskurse werden wirkmächtig, indem sie Wirklichkeiten konstruieren. Es geht dabei nicht um Akteure bzw. Akteurinnen, die Macht ausüben, sondern um die Macht politischer Programme und ihrer Rationalitäten (Wrana et al. 2014: 253). Wichtig ist es, Macht nicht mit Zwang und Gewalt gleichzusetzen. Denn Macht ist bei Foucault, anders als es die typische Assoziation nahelegt (Bröckling/Krasmann 2010: 29), nur denkbar in Zusammenhang mit Frei-

heit. Freiheit ist somit kein Gegenbegriff, der außerhalb der Macht steht. Foucault hat vielmehr die von ihm so bezeichnete „Repressionshypothese“, nach der Macht vor allem auf Negation und Verboten beruht (Saar 2007: 36), explizit abgelehnt (Foucault 2013: 1035). Regierung ist ihm zufolge seit dem 18. Jahrhundert immer eine Regierung der Freiheit beziehungsweise durch Freiheit (Saar 2007: 37). Aber worin besteht nun diese Freiheit in der diskursiven Ordnung? Der Schlüssel liegt darin, den Diskurs nicht als abgeschlossen zu denken. Es besteht eben kein „deterministisches Zwangsverhältnis“ (Tuider 2007) zwischen diskursiver Ordnung und Subjekt. Vielmehr sind die Subjektpositionen, die dem angerufenen Subjekt zur Verfügung gestellt werden, immer auch Eintrittsstellen von Kontingenz (Nonhoff/Gronau 2012: 124). Dennoch darf daraus nicht geschlossen werden, dass das Subjekt über eine souveräne Handlungsautonomie verfügt. Es ist nicht unabhängig in seinen Entscheidungen, denn die Bedingungen des Sag-, Denk- und Tubaren werden durch den Diskurs bereits vorstrukturiert (Denninger et al. 2014: 35). Dieser Zwiespalt kann nicht ein für alle Mal, sondern nur immer wieder erneut aufgelöst werden. Zu untersuchen, wie dies in Mardorf geschieht, war nicht Aufgabe der hier vorliegenden Arbeit. Die Analyse, wie sich die Bürgerinnen und Bürger in Mardorf zu ihrer Anrufung stellen, ist aber der logisch nächste Schritt.

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Fragestellung ..... 13

Abbildung 2 Methodisches Vorgehen ..... 22

Abbildung 3 Dispositive Ordnung "Entdeckung des bürgerschaftlichen Potenzials" ..... 25

Abbildung 4 Dispositive Ordnung "Mardorf als Leuchtturm" ..... 32

# Literaturverzeichnis

Alscher, M.; Dathe, D.; Priller, E.; Speth, R. (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Online verfügbar unter: *http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/buergerschaftliches-engagement-bericht-wzb-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf* (Zuletzt geprüft am: 10.03.14).

Althusser, L. (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate - 1. Halbband. Hamburg: VSA.

Angermüller, J.; van Dyk, S. (Hg.) (2010): Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung - Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (o. J.). Online verfügbar unter: *https://www.bpb.de/apuz/* (Zuletzt geprüft am: 04.07.15).

Bertelsmann Stiftung (2015): Wegweiser Kommune. Online verfügbar unter: *http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+amoeneburg+demographischer-wandel+2013+tabelle* (Zuletzt geprüft am: 20.05.15).

Boltanski, L.; Chiapello, È. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Unveränderter Nachdruck. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Bröckling, U. (2005): Gleichgewichtsübungen - Die Mobilisierung des Bürgers zwischen Markt, Zivilgesellschaft und aktivierendem Staat. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 142: 19–22.

Bröckling, U. (2007): Das unternehmerische Selbst - Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Bröckling, U.; Krasmann, S. (2010): Ni méthode, ni approche - Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien - mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung. In: Angermüller, J.; van Dyk, S. (Hg.). Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung - Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 23–42.

BT-Drucksache 14/6949 (2001): Drucksache des Deutschen Bundestages 14/6949 vom 24.09.2001: Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Leistungen bei häuslicher Pflege von Pflegebedürftigen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf (Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz – PflEG).

Bührmann, A. D. (2005): Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst und seine gegenwärtige Hegemonialität. Einige grundlegende Anmerkungen zur Analyse des (Trans-)Formierungsgeschehens moderner Subjektivierungsweisen. In: FQS Forum: Qualitative Sozialforschung (6) 1: Art. 16.

Bührmann, A. D. (2011): Subjektformierung. In: Fuchs-Heinritz, W.; Klimke, D.; Lautmann, R.; Rammstedt, O.; Stäheli, U.; Weischer, C.; Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 663.

Bührmann, A. D. (2012): Das unternehmerische Selbst: Subjektivierungsform oder Subjektivierungsweise? In: Keller, R.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.). Diskurs - Macht - Subjekt - Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 145–164.

Bührmann, A. D.; Schneider, W. (2012): Vom Diskurs zum Dispositiv - Eine Einführung in die Dispositivanalyse. 2. unveränderte Aufl. Bielefeld: transcript Verlag.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (o. J.): Raumabgrenzungen. Online verfügbar unter: *http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/raumabgrenzungen_node.html* (Zuletzt geprüft am: 22.04.15).

Butler, J. (2013): Psyche der Macht - Das Subjekt der Unterwerfung. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Denninger, T.; van Dyk, S.; Lessenich, S.; Richter, A. (2014): Leben im Ruhestand - Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Denninger, T.; van Dyk, S.; Lessenich, S.; Richter, A. (2010): Die Regierung des Alter(n)s - Analysen im Spannungsfeld von Diskurs, Dispositiv und Disposition. In: Angermüller, J.; van Dyk, S. (Hg.). Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung - Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 207–235.

Diehl, M.; Kräling, H.; Stabenow-Kräuter, D.; Traulich, A. (2009): So woarsch en de Schwesternschoul. In: Mardorfer Zeitzeichen - Dorfgeschichte & Dorfgeschichten 1: 18–20.

Dörner, K. (2008): Leben und Sterben: die neue Bürgerhilfebewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 4: 21–25.

Dörner, K. (2014): "Fürs Helfen ansprechbarer geworden". In: Deutsches Ärzteblatt (111) 5: A 168.

Enquete-Kommission (2002): Bericht der Enquete Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" - Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Online verfügbar unter: *http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf* (Zuletzt geprüft am: 06.04.17).

Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Evers, A.; Klie, T.; Roß, P.-S. (2015): Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellscchaft und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 3–9.

Evers, A.; Olk, T. (1996): Wohlfahrtspluralismus - Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: Evers, A.; Olk, T. (Hg.). Wohlfahrtspluralismus - Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. 9–60.

Foucault, M. (1969): Wahnsinn und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Foucault, M. (1978): Dispositive der Macht - Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve Verlag.

Foucault, M. (1984): Von der Freundschaft. Michel Foucault im Gespräch. Berlin: Merve Verlag.

Foucault, M. (2003): Vorlesung vom 14. Januar 1976. In: Foucault, M. (Hg.). Schriften in vier Bänden. 1976 - 1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. 231–250.

Foucault, M. (2006a): Die Geburt der Biopolitik - Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978-1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Foucault, M. (2006b): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung - Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesung am Collège de France 1977-1978. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Foucault, M. (2013): Der Wille zum Wissen. In: Foucault, M. (Hg.). Die Hauptwerke. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. 1021–1151.

Fuchs-Heinritz, W.; Klimke, D.; Lautmann, R.; Rammstedt, O.; Stäheli, U.; Weischer, C.; Wienold, H. (Hg.) (2011): Lexikon zur Soziologie. 5., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gelhard, A.; Alkenmeyer, T.; Ricken, N. (Hg.) (2013): Techniken der Subjektivierung. München: Wilhelm Fink Verlag.

Hajer, M. A. (1998): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel - Ein institutionell-konstruktivistiche Perspektive zum Umweltdiskurss und zum institutionellen Wandel. In: Soziale Welt (48): 107–132.

Hanke, C. (2010): Diskursanalyse zwischen Regelmäßigkeiten und Ereignishaftem - am Beispiel der Rassenanthropologie um 1900. In: Keller, R.; Hirseland; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.). Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse - Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 99–119.

Hessen Agentur (2016): Hessisches Gemeindelexikon - Gemeindedatenblatt Amöneburg. Online verfügbar unter: *http://www.hessen-gemeindelexikon.de/gemeindelexikon_PDF/534001.pdf* (Zuletzt geprüft am: 06.02.16).

Hessische Staatskanzlei (o. J.): Auslobung: Demografie-Preis 2015. Online verfügbar unter: *https://staatskanzlei.hessen.de/initiativen/demografie/archiv/demografie-preis/auslobung-demografie-preis-2015* (Zuletzt geprüft am: 23.06.15).

Hessisches Statistisches Landesamt (2014a): Hessische Gemeindestatistik 2014 - Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2013. Online verfügbar unter: *http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/496/* (Zuletzt geprüft am: 02.07.15).

Hessisches Statistisches Landesamt (2014b): Statistische Berichte - Die Pflegeeinrichtungen in Hessen am 15. Dezember 2013 (Kennziffer: K VIII 1 - 2j/2013). Online verfügbar unter: *http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/486/index.html* (Zuletzt geprüft am: 03.07.15).

Hirseland, A.; Schneider, W. (2008): Biopolitik und Technologien des Selbst: zur Subjektivierung von Macht und Herrschaft. In: Rehberg, K.-S. (Hg.). Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 5640–5648.

Keller, R. (2009): Müll - Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen - Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, R. (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, R.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.) (2012): Diskurs - Macht - Subjekt - Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessl, F.; Reutlinger, C. (2010): Einleitung: Die Rede vom Raum und die Ordnung des Räumlichen. In: Kessl, F.; Reutlinger, C. (Hg.). Sozialraum - Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 7–19.

Kessl, F.; Reutlinger, C. (2010): (Sozial)Raum - ein Bestimmungsversuch. In: Kessl, F.; Reutlinger, C. (Hg.). Sozialraum - Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 21–38.

Kessl, F.; Reutlinger, C. (Hg.) (2010): Sozialraum - Eine Einführung. 2., durchgesehene Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klein, A. (2015): Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 10–15.

Kocka, J. (2002): Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft - Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hg.). Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich. 15–22.

Kraemer, K. (2011): Selbsttechnologie. In: Fuchs-Heinritz, W.; Klimke, D.; Lautmann, R.; Rammstedt, O.; Stäheli, U.; Weischer, C.; Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 605.

Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf (o. J.): Offizielle Website der Ehrenamtsförderung des Landkreises Marburg-Biedenkopf - Grußwort. Online verfügbar unter: *http://www.ehrenamt.marburg-biedenkopf.de/grusswort/* (Zuletzt geprüft am: 23.06.15).

Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf (2008): Projekt Demografischer Wandel. Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen des Projektes "Demografischer Wandel" im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Online verfügbar unter: *http://www.marburg-biedenkopf.de/uploads/PDF/BLR/Abschlussbericht_Demografie.pdf* (Zuletzt geprüft am: 17.06.15).

Lemke, T. (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft - Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg: Argument Verlag.

Lemke, T.; Krasmann, S.; Bröckling, U. (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien - Eine Einleitung. In: Bröckling, U.; Krasmann, S.; Lemke, T. (Hg.). Gouvernementalität der Gegenwart - Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. 7–40.

Lessenich, S. (2003): Soziale Subjektivität - Die neue Regierung der Gesellschaft. In: Mittelweg 36 4: 80–93.

Lessenich, S. (2012): Der Sozialstaat als Erziehungsagentur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49-50: 55–61.

Lessenich, S. (2013): Die Neuerfindung des Sozialen - Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. 3., unveränderte Aufl. Bielefeld: transcript Verlag.

Löw, M. (2012): Raumsoziologie. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Magistrat der Stadt Amöneburg (2009): Abschluss Dorferneuerung Mardorf 2009. Online verfügbar unter: *http://www.amoeneburg.de/eigene_dateien/rathaus-verwaltung/pdf-sonstiges/abschlussbroschuere-de-amoeneburg-mardorf-08-09.pdf* (Zuletzt geprüft am: 03.07.15).

Moebius, S. (2005): Diskurs - Ereignis - Subjekt. Diskurs und Handlungstheorie im Ausgang einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft. In: Keller, R.; Hirseland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.). Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft. 127–148.

Münkler, H. (2002): Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hg.). Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich. 29–36.

Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. Online verfügbar unter: *http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/GeselZusammenhalt/engagementstrategie.html* (Zuletzt geprüft am: 06.04.17).

Nonhoff, M.; Gronau, J. (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs - Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit. In: Keller, R.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.). Diskurs - Macht - Subjekt - Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 109–130.

Oberhessische Presse (OP) (o. J.). Online verfügbar unter: *http://www.op-marburg.de/Leserservice/Wir-ueber-uns/So-lebendig-wie-unser-Landkreis* (Zuletzt geprüft am: 04.07.15).

Olk, T.; Hartnuß, B. (2011): Bürgerschaftliches Engagement. In: Olk, T.; Hartnuß, B. (Hg.). Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. 145–161.

Opitz, S. (2011): Metapher. In: Fuchs-Heinritz, W.; Klimke, D.; Lautmann, R.; Rammstedt, O.; Stäheli, U.; Weischer, C.; Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 439.

Ott, M.; Wrana, D. (2010): Gouvernementalität diskursiver Praktiken - Zur Methodologie der Analyse von Machtverhältnissen am Beispiel einer Maßnahme zur Aktivierung von Erwerbslosen. In: Anger-

müller, J.; van Dyk, S. (Hg.). Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung - Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 155–181.

Pinl, C. (2015): Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 49–54.

Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2014): Qualitative Sozialforschung - Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Verlag.

Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone - The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster Paperbacks.

Reckwitz, A. (2008): Subjekt. Bielefeld: transcript Verlag.

Reh, S. (2013): Die Produktion von (Un-)Selbstständigkeit in individualisierenden Lernformen - Zur Analyse von schulischen Subjektivierungspraktiken. In: Gelhard, A.; Alkenmeyer, T.; Ricken, N. (Hg.). Techniken der Subjektivierung. München: Wilhelm Fink Verlag. 189–200.

Rose, N. (1996): Das Regieren von unternehmerischen Individuen. Übersetzung von Kap. 7 "Governing enterprising individuals" aus Nikolas Rose: "Inventing our selves", Cambridge 1996. Abdruck mit Genehmigung von Cambridge University Press.

Saar, M. (2007): Macht, Staat, Subjektivität - Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext. In: Krasmann, S.; Volkmer, M. (Hg.). Michel Foucaults "Geschichte der Gouvernementalität" in den Sozialwissenschaften - Internationale Beiträge. Bielefeld: transcript Verlag. 23–45.

Saar, M. (2013): Analytik der Subjektivierung - Umrisse eines Theorieprogramms. In: Gelhard, A.; Alkenmeyer, T.; Ricken, N. (Hg.). Techniken der Subjektivierung. München: Wilhelm Fink Verlag. 17–27.

Sachße, C. (2002): Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9: 3–5.

Schröder, G.; Blair, T. (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten - Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999). Online verfügbar unter: *http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html* (Zuletzt geprüft am: 15.08.15).

Sennett, R. (2000): Der flexible Mensch - Die Kultur des neuen Kapitalismus. 8. Aufl. Berlin: Siedler.

SPD und CDU (2014): Herausforderungen gemeinsam gestalten - Koalitionsvertrag von SPD und CDU 2014-2016 für den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Online verfügbar unter: *http://www.spd-marburg-biedenkopf.de/db/docs/doc_51721_2014327154843.pdf* (Zuletzt geprüft am: 17.06.15).

Stäheli, U. (2000): Poststrukturalistische Soziologien. Bielefeld: transcript Verlag.

Tuider, E. (2007): Diskursanalyse und Biografieforschung - Zum Wie und Warum von Subjektpositionierungen. In: FQS Forum: Qualitative Sozialforschung (8) 2: Art. 6.

van Dyk, S. (2013): Was die Welt zusammenhält - Das Dispositiv als Assoziation und performative Handlungsmacht. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1: 46–66.

van Dyk, S.; Angermüller, J. (2010): Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung - Zur Einführung. In: Angermüller, J.; van Dyk, S. (Hg.). Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung - Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 7–21.

van Dyk, S.; Lessenich, S. (2009): Ambivalenzen der (De-)Aktivierung: Altwerden im flexiblen Kapitalismus. In: WSI Mitteilungen 10: 1–8.

Wrana, D.; Ziem, A.; Reisigl, M.; Nonhoff, M.; Angermüller, J. (Hg.) (2014): DiskursNetz - Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung. Berlin: Suhrkamp Verlag.

# Anhang

Das folgende Verzeichnis enthält die vollständige Auflistung der Elemente des Korpus. Dokumente, die nicht oder nur schwer zugänglich sind, können bei der Autorin angefordert werden. Diese sind wie folgt gekennzeichnet: (*).

### Oberhessische Presse: Artikel über das Projekt in Mardorf

| | |
|---|---|
| OP_21.11.11 | Der Duft macht Appetit. (*) |
| OP_13.04.12 | Amöneburger setzen auf Hilfsbereitschaft. (*) |
| OP_18.04.12 | Jugendliche könnten ein Tor zur Welt öffnen. (*) |
| OP_12.11.12 | „Bürgerhilfe“ steht in den Startlöchern. (*) |
| OP_02.12.12 | Das Land gibt 220.000 Euro. (*) |
| OP_29.01.13 | Ein Projekt von Bürgern für Bürger. (*) |
| OP_14.02.13 | Burschen unterstützen Mardorfs Bürgerverein. (*) |
| OP_04.07.13 | Leuchtendes Beispiel der Altenhilfe. (*) |
| OP_12.09.13 | Stadt soll „demenzfreundlich“ werden. (*) |
| OP_22.10.13 | Humor soll die Normalität fördern. (*) |
| OP_31.10.13 | Viel Lob für großen Einsatz. (*) |
| OP_19.02.14 | Ehrenamtliche Helfer brauchen Hilfe. (*) |
| OP_26.02.14 | Fitness für Körper und Geist. (*) |
| OP_22.05.14 | Leben in einer entweihten Kapelle. (*) |
| OP_07.07.14 | Mardorfs Helfer brauchen Hilfe. (*) |
| OP_03.10.14 | Immer in Richtung Sensibilisierung. (*) |
| OP_27.10.14 | Wenn der Ehemann sein Wesen verliert. (*) |
| OP_07.11.14 | Ehrenamt ist gut für die Gesundheit. (*) |

### Oberhessische Presse: Artikel über vergleichbare Projekte im Umland

| | |
|---|---|
| OP_03.07.11 | Weimarer stärken Bürgerhilfe mit neuem Verein. (*) |
| OP_31.05.12 | Auch Gartenarbeit ist eine Hilfe. (*) |
| OP_07.08.12 | Viele Gründe für Besuch im Grund-Café. (*) |
| OP_28.09.12 | Wolfshausen, so lebendig wie noch nie. (*) |
| OP_19.10.12 | Hier bin ich Mensch, hier darf ich’s sein. (*) |
| OP_28.01.13 | Roßdorfer Mittagstisch kann kommen. (*) |
| OP_08.09.13 | Im Einsatz für die Mitmenschen. (*) |
| OP_13.09.13 | Ein Punktekonto für Helfer. (*) |
| OP_03.12.13 | Alt werden in Weimar – ja, bitte! (*) |
| OP_17.02.14 | Stadt sucht neue Wege für alte Menschen. (*) |
| OP_11.03.14 | Bürgerhelfer gehen nächsten Schritt. (*) |
| OP_10.08.14 | Helfer und Hilfesuchende zusammenbringen. (*) |

| | |
|---|---|
| OP_23.09.14 | Mehr als 3000 Hilfsleistungen erbracht. (*) |

## Dokumente der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg

| | |
|---|---|
| BH_Flyer | Offizieller Flyer der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg. (*) |
| BH_5. Schulung | Einladung zur 5. Schulung der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg. (*) |
| BH_Einladung Workshop | Einladung zum Bürgertreffen „Wir helfen gerne – dazu brauchen wir IHRE Hilfe“ am 11.07.2014. (*) |
| BH_Vereinbarung | Vereinbarung für eine ehrenamtliche Tätigkeit zwischen der Bürgerhilfe Stadt Amöneburg unter dem Dach des Bürgervereins „Leben und Alt werden in Mardorf und Umgebung e. V.“ und der Helferin/dem Helfer. (*) |
| BH_17.06.11 | Projektpräsentation St. Josef: „Leben und altwerden in Mardorf und Umgebung“ - Von der Vision zur Wirklichkeit. (*) |
| BH_20.06.11 | Projektbeschreibung. (*) |

## Politisch-staatliche Dokumente: Wahlprogramme und Koalitionsverträge

| | |
|---|---|
| Bündnis 90/Die Grünen (2011) | Wahlprogramm für den Landkreis Marburg-Biedenkopf 2011-2016. Online verfügbar unter: *http://www.gruene-lahntal.de/laaz/wp-content/uploads/2011/01/WAHLPROGRAMM-LANDKREIS.pdf* (Zuletzt geprüft am: 01.09.15) |
| CDU (2011) | Verantwortung für unseren Landkreis. Kreistagswahlprogramm 2011 – 2016 der CDU Marburg-Biedenkopf. Online verfügbar unter: *https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files100351/03Entwurf_Wahlprogramm_nach_KPT_ENDVERSION.pdf* (Zuletzt geprüft am: 01.09.15) |
| CDU und Bündnis 90/Die Grünen (2014) | Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014-2019. Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2014-2019. Online verfügbar unter: *http://www.gruene-hessen.de/partei/files/2014/02/HE_Koalitionsvertrag_2014-2018_final.pdf* (Zuletzt geprüft am: 01.09.15) |
| DIE LINKE (2011) | Kreiswahlprogramm. DIE LINKE – die politische Alternative. Für Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Teilhabe und Mitbestimmung in allen politischen Feldern, für alle Menschen. Online nicht mehr verfügbar. (*) |
| SPD (2011) | Besser für Marburg-Biedenkopf. SPD Marburg-Biedenkopf Wahlprogramm für die Wahl zum Kreistag am 27. März 2011. (*) |
| SPD und CDU (2014) | Herausforderungen gemeinsam gestalten - Koalitionsvertrag von SPD und CDU 2014-2016 für den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Online verfügbar unter: *http://www.spd-marburg-biedenkopf.de/db/docs/doc_51721_2014327154843.pdf* (Zuletzt geprüft am: 17.06.15). |

## Politisch-staatliche Dokumente: Pflegegesetzgebung, Berichte u. ä.

| | |
|---|---|
| Alscher, M. et al. (2009) | Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Online verfügbar unter: *http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/buergerschaftliches-engagement-bericht-wzb-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf* |
| BT-Drucksache 14/6949 (2001) | Drucksache des Deutschen Bundestages 14/6949 vom 24.09.2001: Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Leistungen bei häuslicher Pflege von Pflegebedürftigen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf (Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz – PflEG). Online verfügbar unter: *http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/069/1406949.pdf* |
| BT-Drucksache 18/1798 (2014) | Drucksache des Deutschen Bundestages 18/179 vom 23.06.14: Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds (Fünftes SGB XI-Änderungsgesetz – 5. SGB XI-ÄndG). Online verfügbar unter: *http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/017/1801798.pdf* |
| Dathe, D. (2011) | Monitor Engagement Ausgabe 4 – Wie und wofür engagieren sich ältere Menschen. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). Wissenschaftszent- |

| | |
|---|---|
| | rum Berlin für Sozialforschung (WZB). Online verfügbar unter: *http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Engagement-Nr-4,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf* |
| Enquete Kommission (2002) | Bericht der Enquete Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" - Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Online verfügbar unter: *http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf* |
| Gensicke, T./Geiss, S. (2010) | Hauptbericht des Freiwilligensurveys – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). Online verfügbar unter: *http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3._20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf* |
| Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf (o. J.) | Offizielle Website der Ehrenamtsförderung des Landkreises Marburg-Biedenkopf - Grußwort. Online verfügbar unter: *http://www.ehrenamt.marburg-biedenkopf.de/grusswort/* |
| Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf (2008) | Projekt Demografischer Wandel – Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen des Projektes "Demografischer Wandel" im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Online verfügbar unter: *http://www.marburg-biedenkopf.de/uploads/PDF/BLR/Abschlussbericht_Demografie.pdf* |
| Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung (2010) | Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. Online verfügbar unter: *http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/GeselZusammenhalt/engagementstrategie.html* |
| RS_29.10.14 | Präsentation Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf – Bedeutung bürgerschaftlich organisierter Alltagshilfen für ältere Menschen. Mardorf, 29.10.2014. (*) |
| Sozialgesetzbuch XI | Sozialgesetzbuch XI. Online verfügbar unter: *www.gesetze-im-internet.de/sgb_11/* |


## Wissenschaftliche Sekundärliteratur


| | |
|---|---|
| Alberg-Seberich, M.; Backhaus-Maul, H.; Nährlich, S.; Rickert, A.; Speth, R. (2015) | Über die Zukunft von Engagement und Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 15-21. |
| Dörner, K. (2008) | Leben und Sterben: die neue Bürgerhilfebewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 4: 21–25. |
| Dörner, K. (2014) | "Fürs Helfen ansprechbarer geworden". In: Deutsches Ärzteblatt (111) 5: A 168. |
| Evers, A.; Klie, T.; Roß, P.-S. (2015) | Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 3–9. |
| Evers, A.; Olk, T. (2002) | Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9: 6-14. |
| Klein, A. (2015) | Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 10–15. |
| Pinl, C. (2015) | Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (65) 14-15: 49–54. |
| Sachße, C. (2002) | Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9: 3–5. |


## (Experten-)Interviews


| | |
|---|---|
| MvK_BH_14.03.13 | Interview mit dem Leitungsteam der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg |
| MvK_BH_27.11.14 | Interview mit dem Leitungsteam der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg |
| MvK_CS_21.02.13 | Interview mit der Koordinierungskraft der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg |
| MvK_CS_14.03.13 | Interview mit der Koordinierungskraft der Bürgerhilfe der Stadt Amöneburg |
| MvK_RP_15.05.13 | Interview mit dem Bürgermeister der Stadt Amöneburg |
| MvK_RS_26.03.15 | Interview mit der Leiterin der Stabsstelle Altenhilfe des Landkreises Marburg-Biedenkopf |
| MvK_GS_01.06.15 | Interview mit einer Bürgerhelferin |

**Danksagung**

Mein besonderes herzlicher Dank gilt allen Interviewpartnern und -partnerinnen, die maßgeblich zum Gelingen dieser Studie beigetragen haben. Für die sehr engagierte Begleitung möchte ich mich bei Frau Prof. Dr. Susanne Kümpers und Frau Prof. Dr. Silke van Dyk herzlich bedanken. Sie haben mich bei der Auseinandersetzung mit der Diskursanalyse mit viel Einsatz unterstützt und mir eine kritische Perspektive in und auf die Gesundheitswissenschaften eröffnet.

**ISBN 978-3-940713-18-6**

**pg-papers 01/2017**

Fachbereich Pflege und Gesundheit
Hochschule Fulda
Leipziger Straße 123
36037 Fulda